

STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Nr. 2/2002 20. Jahrgang

TITEL:

Hauptversammlungsproteste

BAYER wird brutal

WEITERE THEMEN:

- Unternehmenssteuerreform
- Die Bonner Gentech-Connection
- Tierversuche bei BAYER
- BAYER und die Argentinien-Krise



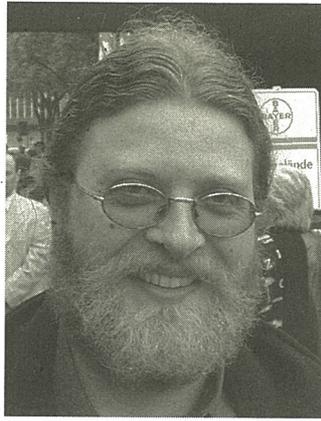
BAYER-Mann bei Eichel: Ohne Ende Steuergeschenke. Bericht Seite 14

Nachdruck honorarpflichtig

Inhalt

- 4 **Global Action auf der Hauptversammlung**
Ruhmloses Ende für Dr. Manfred Schneider
- 6 **BAYER nicht aus dem Schneider**
Acht GegenrednerInnen belasten den Vorstand
- 14 **Kein „Gewinn im Sinne des Steuerrechts“**
BAYER rechnet sich arm
- 18 **BAYER, Bonn & Brüstle:**
Die unheilige Gentech-Allianz
- 23 **BAYER zu hoher Geldstrafe verurteilt**
Klage von 11 ehemaligen Angestellten
- 24 **Überflüssig, grausam und gefährlich**
Tierversuche von BAYER & Co.
- 28 **Extrem-Lobbying gegen neue Chemie-Politik**
BAYER will Chemikalien nicht testen!
- 30 **Globalisierungsoffer Argentinien**
BAYER, Banken und der Bankrott
- 27 **Au weia BAYER**
- 15 **Impressum**

Liebe Leserinnen und Leser!



Tom Erik Ökland arbeitet als Chemie-Experte für NATURVERN, die norwegische Sektion von FRIENDS OF THE EARTH.

Eine Untersuchung der Stadt Oslo hat gezeigt, dass der Hafen von Oslo stark mit Polychlorierten Biphenylen (PCB) verseucht ist. Mit Hilfe eines neuen Verfahrens wurden PCB von insgesamt drei Herstellern nachgewiesen. Den größten Teil der untersuchten Gifte hat der BAYER-Konzern hergestellt.

Die in Oslo gefundenen PCB stammen von Schiffs-Anstrichen. Die norwegische Umweltbehörde hat nachgewiesen, dass PCB von BAYER in Schiffs-lacken verwendet wurden, die in Norwegen verkauft wurden. Etwa die Hälfte der PCB aus dem Hafenbecken stammen vom BAYER-Produkt CLOPHEN. Ganze Fisch-Populationen haben die Chemikalien vergiftet.

FRIENDS OF THE EARTH NORWEGEN und die Stadt Oslo erwägen nun eine Klage gegen BAYER und andere PCB-Hersteller. Die Entgiftung des Hafens von Oslo wird etwa 26 Millionen Euro kosten. Wir fordern eine Beteiligung von BAYER an diesen Kosten! In einem möglichen Gerichtsverfahren müsste zunächst geklärt werden, warum BAYER keine Informationen über die Giftigkeit und die Persistenz von PCB veröffentlicht hat. Denn bereits Mitte der sechziger Jahre war die Gefährdung für die Umwelt bekannt. Und die akute Giftigkeit und die Persistenz von PCB haben WissenschaftlerInnen noch früher entdeckt. Trotzdem wurden die PCB bis Mitte der siebziger Jahre an Hersteller von Schiffsfarben geliefert. Ohne Informationen über die Gefahren für die Umwelt und für die Gesundheit der Arbeiter!

Wir fragen uns, warum die BAYER AG nicht sofort reagiert hat, als die Gefahren von PCB entdeckt wurden? Warum hat das Unternehmen PCB nicht direkt aus dem Handel genommen? Und warum hat es die Käufer von PCB nicht über die Risiken informiert? PCB sind völlig ungeeignet für das Anstreichen von Schiffen. PCB wurden in Norwegen vor 20 Jahren vom Markt genommen, doch erst in den neunziger Jahren wurden alle Gefahren von PCB bekannt. Daher beginnen die Behörden erst jetzt mit der Reinigung der norwegischen Häfen und Fjorde. Wenn die norwegischen Hersteller von Schiffsfarben früher Informationen über die Gefahren von PCB erhalten hätten, hätte die Kontaminierung weiter Teile der norwegischen Küste verhindert werden können.

Zusätzlich wurden durch das Sandstrahlen alter Schiffe zahlreiche Werften und Arbeiter vergiftet. Durch eine rechtzeitige Information der Kunden hätte auch diese Form von Vergiftung verhindert werden können. Dieser Verantwortung ist BAYER als Hersteller nicht gerecht geworden!

Nach Meinung von FRIENDS OF THE EARTH NORWEGEN ist das Verursacherprinzip der beste Weg, um die Produktion und die Verbreitung von toxischen Substanzen zu stoppen oder zu vermeiden. Wir fordern, dass sich auch BAYER generell an das Verursacherprinzip hält. Daher muss sich auch BAYER an der Entgiftung des Hafens von Oslo beteiligen!

TOM ERIK ÖKLAND

Ruhmloses Ende für Dr. Manfred Schneider

Global Action auf der Hauptversammlung

Ein wahres Seuchenjahr hat die BAYER AG hinter sich. Zunächst kam der Skandal um das Medikament LIPOBAY, dann der Einbruch der Aktie und der massive Gewinn-Einbruch bei Kürzung der Dividende. Zum krönenden Abschluss sah sich der Konzern auf der Hauptversammlung am 26. April mit nie dagewesenen Protesten konfrontiert.

Von Paul Kranefeld-Wied

Die etwa 8.000 AktionärInnen mussten sich durch die Jahr für Jahr wachsende Zahl der DemonstrantInnen kämpfen, um in die heiligen Messehallen zu gelangen. Die Tierrechtsinitiative SHAC (STOP HUNTINGTON ANIMAL CRUELTY) forderte vom Vorstand und den AktionärInnen, Tierversuche sofort zu stoppen. Mit lautstarken Sprechchören und schockierenden Bildern von Tierversuchen machten die TierschützerInnen vor dem Gebäude auf ihr Anliegen aufmerksam. Schwerpunkt der diesjährigen Proteste der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) war die massive Senkung der Unternehmenssteuern, die der ehemalige Steuer-Chef von BAYER, Heribert Zitzelsberger, als jetziger Staatssekretär im Bundesfinanzministerium durchgesetzt hatte. Etliche AktionärInnen nahmen die angebotenen Flugblätter, andere stellten ihre geistige Reife unter Beweis, indem sie die DemonstrantInnen aufforderten, „lieber arbeiten zu gehen“. Beobachtet



Alle Fotos: arbeiterfotografie.com

Der BAYER-Werkschutz zerrt einen Protestler von der Messehallen-Wandverkleidung

wurde die Szenerie von etwa 50 PolizistInnen, die gemeinsam mit dem Werkschutz das „Privatgelände“ der BAYER AG schützten. Es wäre sicher interessant zu wissen, wer die Kosten für diesen Polizeieinsatz trägt.

Am Halleneingang waren zwanzig Sicherheitsschleusen aufgebaut, wie man sie von Flughäfen kennt. Etwa 100 SicherheitsbeamtlInnen kontrollierten jede Person und jedes Gepäckstück. Derart strenge Kontrollen waren bisher nicht üblich; man

Man erhob sich für einen Mann, der 1932 in die damals noch oppositionelle NSDAP eingetreten war

beschränkte sich auf Stichproben.

Die Veranstaltung begann mit einer Gedenk-Minute für den verstorbenen ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Prof. Hansen. Man erhob sich für einen Mann, der 1932 in die damals noch oppositionelle NSDAP eingetreten war. Es blieb Philipp

Mimkes, dem Geschäftsführer der CBG vorbehalten, in seiner späteren Rede auf diesen Fakt hinzuweisen. Daraufhin folgte die Verabschiedung des Aufsichtsratsvorsitzenden Hermann-Josef Strenger, der sich in seinem Dankwort einen netten Versprecher leistete: „Aller Erfolg unseres Unternehmens beruht auf dem Leid, äh, den Leistungen unserer Mitarbeiter.“

Zweimal wurde Strengers Verabschiedung unterbrochen. Englische GegnerInnen von Gentech-Freilandversuchen stürmten auf die - von zahlreichen Bodyguards abgesicherte - Vorstandsbühne, neben der sich einer von der Protestler die Dekoration hinaufhangelte. Diesen zu entfernen, gelang erst, nachdem Strenger dem Werkschutz wutentbrannt seine Hilfe angeboten hatte. O-Ton: „Sie werden doch wohl eine Leiter besorgen können, um den Kerl da runterzuholen.“ Am Rande dieser Aktion wurde Philipp Mimkes, der zufällig in der Nähe stand, gewaltsam aus dem Saal geschleift, wobei man ihm droh-

te, ihm den Arm zu brechen. Immerhin ließ man ihn kurze Zeit später wieder in den Saal.

Dort hatte der - nach 10 Jahren ausscheidende - Vorstandsvorsitzende der BAYER AG, Dr. Manfred Schneider, inzwischen zum Geschäftsbericht angesetzt. Der sonst so weltgewandte Schneider wirkte zum Ende seiner Amtszeit wenig souverän. Nur verhaltener Beifall aus den

Englische GegnerInnen von Gentech-Freilandversuchen stürmten auf die Vorstandsbühne.

Reihen der Jahreshauptversammlung der BAYER-AktionärInnen hatte ihn begrüßt. Doch er bekannte erleichtert, dass ihm das sehr gut tue. Nach dem enttäuschenden Geschäftsjahr hatte er wohl mit heftigeren Reaktionen seiner AktionärInnen gerechnet. Diese mussten eine Kürzung der Dividende von 1,30 Euro auf 0,90 Euro hinnehmen, weil der Konzern-Gewinn im Jahr 2001 um 46,9 % eingebrochen war. Immerhin betrug die Dividenden-Kürzung nur 35,7 %. Die Belegschaft hatte stärkere Einschnitte hinzunehmen. Auch für das Jahr 2002 vermochte Schneider keine Entwarnung zu geben; das erste Quartal 2002 sei enttäuschend verlaufen; zwar helle sich das Bild im April auf, aber von Trendwende könne keine Rede sein. Als Heilmittel gegen dieses Übel warb der Vorstandsvorsitzende für die Umbildung der BAYER AG in eine Holding, also für weitere Arbeitsplatz-Vernichtung und für Reallohn-Kürzungen.

An der nachfolgenden Diskussion ürfte der Vorstand wenig Freude gehabt haben. Außer den vom DACHVERBAND DER KRITISCHEN AKTIONÄRE UND AKTIONÄRINNEN und von der COORDINATION eingeladenen Konzern-KritikerInnen äußerten sich diesmal fast alle RednerInnen kritisch; etliche beklagten erwarteterweise den Dividenden-Rückgang, aber es gab auch eine wachsende Zahl von unabhängigen Aktionären, die die rein profit-orientierte Ausrichtung des Konzerns kritisieren; sicherlich auch ein Ergebnis der 20-jährigen Arbeit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN.

Auf Einladung der KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN sprach u.a. der Gewerkschaftssekretär Rainer Kau, ver.di NRW-Süd. Er prangerte an, dass ein Großteil der über ein halbe Mrd. Euro Dividende aus den Steuer-Einsparungen bestitten wird - Stichwort Zitzelsberger. Kau nannte dies einen „Skandal erster Güte“, weswe-



gen er als Gewerkschafter und PDS-Bundestagskandidat die Proteste der kritischen Aktionäre unterstütze.

Henry Mathews vom DACHVERBAND tadelte den rüden Umgang des Werk-schutzes mit den englischen Gentechnik-GegnerInnen und das gerichtliche Vorgehen der BAYER AG gegen das Vorhaben der CBG, im Namen ihrer Internet-Seite auch das Wort „BAYER“ zu verwenden. Mit Demokratie habe ein solches Verhalten nichts zu tun.

Rechtsanwalt David Becuel aus den USA forderte vom Vorstand die umgehende unbürokratische Zahlung von Entschädigungen für die Opfer des Cholesterin-Senkers LIPOBAY. Auch der Norweger Tom Oakland vom Umweltschutzverband NORGES NATURVERNFORBUND forderte Geld von BAYER für die Reinigung des Osloer Hafens, der nachweislich durch die in Schiffsanstrichen verwendete BAYER-Chemikalie CLOPHEN stark verschmutzt ist. Dafür sind 26 Mio. Euro erforderlich. In seiner Antwort erteilte Schneider beiden Forderungen eine klare Absage mit den Worten, „Wir werden alles tun, um diese Forderungen abzuwenden“. Weitere Gegen-Reden hielten Philipp Mimkes, CBG, Peter Noquet aus England zum Fall CIPROBAY, die Tierversuchsgegnerin Melanie Bujok und Wolfgang Teuber von der DKP.

Unabhängig von den KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN traten einige RednerInnen für eine stärkere ethische Ausrich-

tung des wirtschaftlichen Handelns der BAYER AG ein. Besonders beeindruckend sprach ein schwerbehinderter Kaufmann aus Bottrop, der Schneider fragte, ob BAYER seine gesetzliche Quote von 2304 zu beschäftigenden Schwerbehinderten erfülle. Eine Antwort gab Schneider nicht.

Überhaupt präsentierten sich der Noch-BAYER-Chef und der neue Vorstandsvorsitzende Werner Wenning bei den Antworten auf die kritischen Fragen der DiskussionsrednerInnen selbstherrlich bis unsicher. Viele Fragen wurden einfach

Rainer Kau, von ver.di prangerte an, dass ein Großteil der über ein halbe Mrd. Euro Dividende aus den Steuer-Einsparungen bestitten wird

nicht beantwortet, andere abgetan. So antwortete der Große Vorsitzende auf den Vorwurf, der ehemalige BAYER-Angestellte Heribert Zitzelsberger habe als Finanzstaatssekretär massive Steuergesetzänderungen zugunsten von BAYER und anderen Konzernen durchgesetzt, scheinheilig, Gesetze würden in der Bundesrepublik nur vom Bundestag verabschiedet.

In der abschließenden Abstimmung zur Entlastung wurden Vorstand und Aufsichtsrat denn auch kräftig abgewatscht. Statt der üblichen 99 % gab es diesmal nur 90 % Zustimmung - da kann man ja fast schon von demokratischen Verhältnissen sprechen. Eine schwere Schlappe für Schneider nach zehnjähriger Amtszeit.

Acht GegenrednerInnen belasten den Vorstand

BAYER nicht aus dem Schneider



Der BAYER-Werkschutz übermannt eine Gentechnik-Gegnerin

Die BAYER-Hauptversammlung ist nach Ansicht des Konzern-Chefs Manfred Schneider nicht der Ort dafür, die Gründe für den Tod von über 100 LIPOBAY-PatientInnen zu erörtern. Sie ist für ihn aber sehr wohl der geeignete Ort, um die finanziellen Verluste des Pharma-GAUs bis zur letzten Zahl hinterm Komma zu beziffern und das Bilanz-schädigende Risiko von Schadensersatz-Klagen zu erwägen. Aber die acht auf Einladung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) sprechenden GegenrednerInnen funktionierten die AktionärInnen-Versammlung kurzerhand zu einem Ort um, an dem über LIPOBAY und die anderen gesundheitlichen, ökologischen, und sozialen „Kollateralschäden“ der zügellosen Profit-Jagd gesprochen werden konnte.

Von Udo Hörster

„Ich spreche hier im Namen von Tausenden Opfern, die durch LIPOBAY getötet oder gesundheitlich geschädigt worden sind“. So begann der US-amerikanische Rechtsanwalt Daniel Becnel seine Hauptversammlungsrede. Er bot dem Leverkusener Chemie-Multi an, die rechtlichen schwarzen Wolken zu vertreiben, die durch die 720 anhängigen Klagen den Himmel über der Konzern-Zentrale verdunkeln. „Ist BAYER bereit, unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen?“, fragte er. Der Pharma-Riese war nicht dazu bereit. Der Vorstandsvorsitzende Schneider antwortete ihm, dass „BAYER sich den Verfahren zur Wehr setzen“ wird. Noch immer lehnt es der Konzern ab, die Verantwortung für die über 100 LIPOBAY-Toten zu übernehmen. Für den BAYER-Boss ist „nach wie vor unklar, ob überhaupt ein Zusammenhang besteht“ zwischen dem Cholesterin-Senker und den Todesfällen.

Die fatalen Nebenwirkungen eines anderen BAYER-Medikamentes machte Peter Noquet zum Thema. Der Leverkusener Chemie-Multi wollte für sein Antibiotikum CIPROBAY im post-operativen Anwendungsgebiet eine Zulassung auch in der oralen Dargeform erhalten.

Die Tests an 800 Personen fielen allerdings negativ aus. Weil das Mittel nicht wirkte, starben sogar einige ProbandInnen an Infektionen. BAYER verschwieg dies den Behörden. Der an den Voruntersuchungen beteiligte britische Arzt Dr. Steven Karren hat deshalb unmittelbar nach der letzten Hauptversammlung eine Klage gegen BAYER eingereicht. Gegenüber der Kölner Staatsanwaltschaft mauert das Unternehmen allerdings munter weiter. Statt der Behörde Unterlagen über die Todesfälle zukommen zu lassen, stellte es ihr lediglich nichtssagende Dokumente zur Verfügung. Eine „Täuschung“ nannte das Peter Noquet. Manfred Schneider stritt den Vorwurf natürlich ab - und schwieg weiter. Mit dem Hinweis auf das „schwebende Verfahren“ verweigerte er alle Auskünfte.

Sowohl LIPOBAY als auch CIPROBAY wurden in den BAYER-Labors an Ratten getestet, bevor sie am Menschen ihre gesundheitsschädigende Wirkung entfalteten. Das sagt vieles über die Aussagekraft von Tierversuchen. Wissenschaftlich von zweifelhaftem Nutzen und tierethisch verwerflich - das veranlasste Melanie Bujok von SHAC (STOP HUNTINGDON ANIMAL CRUALITY) zu bohren-

den Fragen an die Adresse des Vorstandes. „Würde BAYER noch Tierversuche durchführen, wenn diese nicht länger gesetzlich vorgeschrieben wären?“, „Entwickelt BAYER Alternativ-Methoden?“, „Setzt BAYER sich für eine Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung ein?“, wollte sie von den Konzern-Herren wissen. Schneider bekannte sich unverbindlich zu alternativen Test-Verfahren und wurde dann verbindlich beleidigend. Nicht geneigt, minimale moralische Standards im Umgang mit Lebewesen einzuhalten, wies er Bujoks Kritik als anmaßend zurück. Gegner zu Unrecht diffamieren „und sich selbst, weil man gegen Tierversuche ist, heilig (zu) sprechen“, warf der BAYER-Boss der SHAC-Aktivistin vor.

Wieviel Fische die BAYER-Chemikalie CLOPHEN vergiftet hat, interessierte den Vorstandsvorsitzenden an seinem letzten Arbeitstag in dieser Funktion deshalb auch nicht. Wie Tom Erik Ökland von NATURVERN, der norwegischen Sektion von FRIENDS OF THE EARTH, den AktionärInnen darlegte, haben die in Schiffsanstrichen verwendeten Polychlorierten Biphenyle (PCB) von BAYER das ganze Hafenbecken von Oslo verseucht. Auf 26 Mio. Euro beziffert die staatliche



Anzeige

DAS FEMINISTISCHE BLATT

WIR FRAUEN

Seit 20 Jahren bietet WIR FRAUEN 4 x jährlich auf 36 Seiten Informationen zur Politik und Gesellschaft im eigenen Land. Wir stellen Frauenprojekte vor und lassen sie selbst zu Wort kommen.

Für uns geschrieben haben in den letzten Jahren u.a.: Irmtraut Morgner, Agnes Smedley, Ute Gerhard, Gisela Steineckert, Peggy Parnass, Christiane Barckhausen, Uta Ranke-Heinemann, Jutta Heinrich...

Peggy Parnass:

»Ich lese WIR FRAUEN, weil es amüsant, informativ und ungewöhnlich ist.«



Jutta Heinrich: »Dieses kleine Heft ist ein zäher und beharrlicher Nager an den Festungen der Gegenwart. Und mit wenig Ideologie, vielmehr mit einem unbeirrbareren Gerechtigkeitsempfinden, hält WIR FRAUEN das Staunen offen, dass die Welt so ist, wie sie ist und sich überwiegend da verändert hat, wo das den Nutzern nutzt. Ich lese das obstinate HEFT, damit ich für ES schreiben kann.«

FORUM FÜR AUSSERPARLAMENTARISCHE FRAUENPOSITIONEN

- 1/2002: Einsteigen – Aufsteigen – Aussteigen? Karrierebarrieren
- 2/2002: Bitte bleiben Sie gesund – Der Gesundheitsmarkt
- 3/2002: Mütter: Die Hand an der Wiege
- 4/2002: Fräuleinwunder – Mädchenpower – Girliekult

WIR FRAUEN e.V. · Verein zur Förderung von Frauenpublizistik
ROCHUSSTR. 43 · 40479 DÜSSELDORF · TEL 0211.491 20 78 · FAX 0211.492 13 01

Bitte mit vollständigem Absender und Tel.-Nr. versenden:

- Ich möchte ein Abonnement, 4 Ausg. jährl., für 13 €* zzgl. 2 € Porto
- Ich möchte das Förderabo, 4 Ausg. jährl., für 26 €*
- Ich möchte die Zeitschrift kennenlernen. Bitte schicken Sie mir 2 Ausgaben für 2,60 € in Briefmarken (liegen bei)

Datum und Unterschrift

Die Ausgaben erscheinen jeweils Anfang März, Juni, September und Dezember des laufenden Jahres.

* = Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht 6 Wochen vor Jahresende schriftlich gekündigt wird.

Umweltbehörde die finanziellen Aufwendungen für die Reinigung. Konsequenterweise forderte Ökland den Konzern in seiner Rede auf, sich an den Kosten zu beteiligen und kündigte im Falle einer Verweigerung eine Klage an. Nach allen Erfahrungen dürfte nur eine entsprechende Verurteilung und die damit verbundene Anerkennung des Verursacher-Prinzips das Unternehmen dazu bringen, sich für die ökologischen Folgen seines Handelns zu interessieren.

Für die ökologischen Risiken der Gentechnik zu haften, braucht der Leverkusener Chemie-Multi vorerst nicht zu fürchten. Henry Mathews vom DACHVERBAND DER KRITISCHEN AKTIONÄRE UND AKTIONÄRINNEN entlarvte in seinen Ausführungen am Redner-Pult das BAYER-Argument, die umstrittene Risiko-Technologie würde das Problem des Welthungers lösen, als reine Propaganda-Lüge. „Der Welthunger ist kein Mengen-Problem, sondern ein Verteilungsproblem!“, betonte er. Für die AktivistInnen, die ihre

Riege des Vorstands ist Gewalt offenbar ein probates Mittel. Frauen haben in dieser Hack-Ordnung dagegen keine Chance, bei BAYER eine Führungsposition zu erlangen, monierte Henry Mathews. „Schauen Sie nur hinter mich aufs Podium, und Sie wissen, wovon ich rede“, forderte er die AktionärInnen auf. In seiner Antwort auf den Beitrag von Henry Mathews sicherte Dr. Schneider zu, den Fragen-Katalog der KRITISCHEN AKTIONÄRE umgehend zu beantworten - die CBG wird nachhaken! Unbeeindruckt zeigte sich der Profit-Profi dagegen von Mathews' Gentech-Kritik. Obwohl das Thema „Gentechnik“ nach Ansicht Schneiders in der Öffentlichkeit noch zu „erheblicher Diskussion mit spektakulären Maßnahmen“ führen wird, kündigte er an, unbeirrt an der Risiko-Technologie festhalten zu wollen.

„Wie wird das Unternehmen künftig zu den Kommunal-Finzen beitragen?“, fragte er Dr. Schneider, der die Antwort wieder einmal schuldig blieb. Sein Nachfolger Werner Wenning sagte immerhin soviel, dass die neue Holding-Struktur den Stadtkassen keine noch negativeren Folgen bescheren wird, was schlechthin auch nicht möglich ist, denn weniger als nichts kann man nicht einnehmen. Trotzdem dürfte die Einschätzung von Investment-BankerInnen, die die Bundesrepublik als STEUER-Paradies für Holdings betrachten, bei der Entscheidung keine geringe Rolle gespielt haben. Für die Belegschaft hat der Konzern-Umbau schon jetzt negative Folgen, wie Wolfgang Teuber von der DKP darstellte. Die Beschäftigten der neu gegründeten Service-Gesellschaften fallen nämlich aus der Betriebsvereinbarung heraus. In diesem Zusammenhang kritisierte Teuber die IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE scharf, die den betreffenden Beschäftigten versichert hatte, die Betriebsvereinbarung würde für sie weiter gelten, um sich deren Zustimmung zur Umstrukturierung zu sichern.

Es war dann an CBG-Geschäftsführer Philipp Mimkes, den Negativ-Katalog seiner VorrednerInnen zu vervollständigen. Er erinnerte noch einmal an die unrühmliche Rolle, die der Konzern nach dem 11. September gespielt hatte, als er bei den Verhandlungen mit den US-Behörden in „Kriegsprofitlerium“ (VerbraucherInnen-Anwalt Ralph Nader) 1,80 Dollar für eine Tablette des Antibiotikums CIPROBAY herauschlagen wollte. Zudem forderte Mimkes den Konzern auf, endlich der Aufforderung von US-VerbraucherschützerInnen nachzukommen und den CIPROBAY-Wirkstoff nicht länger unter dem Namen BAYTRIL als Antibiotikum für die Massentierhaltung anzubieten, weil sich immer mehr Resistenzen ausbreiten. Für das Pestizid FENTHION, das TierschützerInnen für ein massenhaftes Vogelsterben verantwortlich machen, verlangte der CBG-Geschäftsführer ebenfalls eine Marktrücknahme. Als Versuch, sich solche Kritiken künftig vom Hals zu halten, wertete er das gerichtliche Vorgehen gegen die CBG wegen des Betreibens einer dem Konzern nicht genehmen Web-Page. In Abwandlung des alten Schneider-Wortes, „Politiker kommen und gehen, BAYER bleibt“, gab Mimkes dem scheidenden Vorstandsvorsitzenden schließlich ein „BAYER-Chefs kommen und gehen, die COORDINATION bleibt“ mit auf den Weg in den unverdienten Ruhestand.



Geld genug für Investitionen in diesem Bereich hat der Konzern jedenfalls. Er zahlte nämlich für 2001 keinen Pfennig Gewerbesteuer und bekam sogar noch Körperschaftsteuer zurückerstattet. Rainer Kau von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di wettete gegen die ganz legalen Steuertricks des Chemie-Multis. Er rechnete vor, dass das Unternehmen gegenüber dem Vorjahr 1 Mrd. Euro an Abgaben einsparte und nur noch auf eine Steuer-Quote von 15 Prozent kommt - „davon kann ein normal Beschäftigter nur träumen“, so Kau. In dramatischen Worten schilderte der Gewerkschaftler und PDS-Politiker der AktionärInnen-Versammlung die Situation am Konzern-Sitz Leverkusen. Die Stadt ist durch die ausbleibende BAYER-Gewerbesteuer zu arm geworden, um noch Zuschüsse vom Land Nordrhein-Westfalen anfordern zu können, weil die Kommune nicht über den dafür benötigten Eigenmittel-Anteil verfügt.



TierschützerInnen protestieren gegen Folter

Besorgnis über die Gefahren der Gentechnik am Morgen auf eine etwas unkonventionelle Weise zum Ausdruck gebracht hatten, zeigte Mathews deshalb vollstes Verständnis. Keines hatte er dagegen für das brutale Vorgehen des Sicherheitsdienstes, die einer Gentechnik-KritikerInnen einfach roh den Mund zuhielten und einen anderen Protestler brutal über den Boden aus dem Saal schleiften. „Das hat mit der von Manfred Schneider bekundeten Respektierung Andersdenkender und der Meinungsfreiheit nichts zu tun“, kritisierte der Geschäftsführer der KRITISCHEN AKTIONÄRE. Aber für die reine Herren-

INFORMATIONEN FÜR DAS LEBEN

Die Welt wandelt sich. Globalisierung, Herrschaft der Konzerne, Krieg gegen den Terror – so einige der aktuellen Stichworte. Bei uns finden Sie die notwendigen Informationen. Nur wer informiert ist, kann sich auseinandersetzen.

Der MENSCH&UMWELT-Versand ist der Materialversand der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“. Jeder Kauf unterstützt die Arbeit dieses konzernekritischen Selbsthilfe-Netzwerkes.

Jerry Mander/Edward Goldsmith (Hg.)

**SCHWARZBUCH
GLOBALISIERUNG**

Fundierte Beiträge der internationalen profiliertesten Globalisierungsgegner wie Carl Amery, Naomi Klein, José Lutzenberger und anderer.

Materialismus und Tanz ums Goldene Kalb genügen nicht als Perspektive für die Zukunft.

Hardcover ca. 550 S., 24,90 €.

Bestell-Nr. **1 500 25X**

Jürgten Roth

**NETZWERKE
DES TERRORS**

Nicht islamistische Attentäter stehen im Mittelpunkt - sondern die weltweiten Netze des Terrors: Politische und gesellschaftliche Institutionen, Drogen- und Waffenhändler und die

Organisierte Kriminalität, korrupte Politiker und die Geheimdienste.

Leinen mit Schutzumschlag,

ca. 223 S., 16,90 €

Bestell-Nr. **1 815 29X**

DGB-Bundesjugendschule (Hg.)

**KAPITALISMUS OHNE
ALTERNATIVE?**

Im Siegeszug des Kapitals sehen selbst Akteure und Nutznießer des globalen Kapitalismus eine Bedrohung für die Grundlage demokratischer Gesellschaft. Doch wie ist es mit den Alternativen?

Paperback, ca. 147 S., 12,50 €.

Bestell-Nr. **1 830 116**

Christian Marazzi

FETISCH GELD

Wirtschaft, Staat und Gesellschaft im monetären Zeitalter. Provokative Thesen über die Entwicklung der Finanzmärkte.

Paperback, ca. 223 S., 20,00 €.

Bestell-Nr. **1 691 828**

Noam Chomsky

WAR AGAINST PEOPLE

Schurkenstaaten sind die USA und ihre Verbündeten. Sie nutzen die Menschenrechte, um die internationale Vormachtstellung brutal durchzusetzen.

Paperback, ca. 159 S., 12,90 €.

Bestell-Nr. **1 760 118**

Jaeen-Charles Brisard/

Guillaume Dasquié

DIE VERBOTENE WAHRHEIT

Ein brisantes Buch über den 11. September. Renommierete Geheimdienst-Fachleute enthüllen: die US-Administration ist tief in die Katastrophe verwickelt.

Paperback ca. 280 S., 18,90 €

Bestell-Nr. **1 424 773**

Fritz Edlinger (Hg.)

**BEFREIUNGSKAMPF
IN PALÄSTINA**

In Madrid wurde den Palästinensern nach zwei Generationen Krieg und Demütigung ein eigener Staat versprochen. Doch blutig geht die stärkste Militärmacht des Nahen Ostens gegen die arabischen Menschen in den besetzten Gebieten und im eigenen Land vor.

Paperback ca. 240 S., 17,90 €.

Bestell-Nr. **1 711 782**

Paul Aries/Christian Terras

**JOSÉ BOVÉ - DIE
REVOLTE EINES BAUERN**

Die Demontage der McDonalds-Filliale in der französischen Kleinstadt Millau machte ihn und die französische Bauergewerkschaft weltweit bekannt. Für den Widerstand gegen die globale Macht der Konzerne nimmt er sogar eine Gefängnisstrafe in Kauf.

Paperback, ca. 119 S., 10,00 €.

Bestell-Nr. **1 013 818**

Marta Duran de Huerta

YO MARCOS

Vom Führer einer indianischen freiheitsbewegung zum Sprecher weltweiten Widerstands gegen Globalisierung. Der Mann mit der Wollmaske hat einen neuen Stil der Politik. In Lateinamerika hat der "Subcomandante" bereits den Mythos eines Che Guevara.

Paperback, ca. 125 S., 10,00 €.

Bestell-Nr. **1 013 806**

Stefan Reinecke (Hg.)

DIE NEUE NATO

Spätestens seit ihrem Einsatz im Kosovo ist klar: die NATO hat eine neue Strategie und setzt sie auch um. Die NATO wird vom Verteidigungsbündnis umgebaut zur Interventionsmacht.

Paperback, ca. 162 S., 12,70 €.

Bestell-Nr. **1 223 432**

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (ISW)

**ISW-REPORT NR. 49:
KRISE UND KRIEG**

Was nutzt wem? Der 11. September nutzt auf jedem Fall den globalen Wirtschaftsinteressen der USA. Und die Wirtschaft der BRD?

Broschüre, ca. 42 S., 3,50 €

Bestell-Nr. **2 000 042**

Andre Gunder Frank/
Marta Fuentes-Frank

**WIDERSTAND IM
WELTSYSTEM**

Wie entstehen soziale Bewegungen, wie funktionieren sie und in welchem Verhältnis stehen sie zur Entwicklung der Weltwirtschaft. Zum Verhältnis kapitalistischer Wirtschaft, staatlicher Politik und sozialer Bewegung.

Paperback, ca. 224 S., 15,90 €.

Bestell-Nr. **1 478 325**

✕ Jetzt bestellen bei:

MENSCH&UMWELT-SPEZIALVERSAND

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon 0211 - 26 11 210, Fax 0211 - 26 11 220, eMail oekonzept@mail.isis.de

Anz.	Best.-Nr.	Kurztitel	Euro
1	XXXXXX	kostenl. Gesamtkatalog	,-,- €
.....
.....
.....

Porto/Verpackung Inland (Ausland je nach Kosten) 2,50 €

Gesamtbetrag €

Bitte Scheck oder Einzugsermächtigung:

Bank

Konto

Bankleitzahl

Adresse

..... Alter

Datum/Unterschrift

„Nieder mit BAYER“

Kritische AktionärInnen bei BAYER im Spiegel der Medien



Alle Fotos: arbeiterfotografie.com

Ein Mann, mit Jackett und Krawatte gekleidet, stürmte plötzlich auf die Bühne und rief in englischer Sprache etwas zu den Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern. Als daraufhin Hermann Sprenger den zahlreich vertretenen Werkschutz aufforderte, den Engländer aus dem Saal zu bringen, kletterte der Mann auf die Dekoration und versuchte von dort seine Ansichten lautstark zu artikulieren. Kein ungefährliches Unterfangen, denn die Dekoration aus leichten Materialien brach zusehends zusammen. ... Bei seinen Bemerkungen ging es wohl um Genforschung und Tierversuche, ebenso wie wenig später bei einer Frau, die zum Rednerpult ging, dort aber feststellen musste, dass die Mikrofone ausgeschaltet waren und sich daher nur mit eigener Stimme artikulieren konnte. Die Werkschützer waren sofort zur Stelle, rissen die Frau brutal nieder, hielten ihr den Mund zu und trugen sie an Armen und Beinen aus dem Saal. Während Sprenger nur höhnische Bemerkungen für die Anliegen der beiden Demonstranten übrig hatte, sah das später ein Vertreter der „kritischen Aktionäre“ anders. Das rabiate Vorgehen des „Saalschutzes“ zeuge von einem seltsamen Verständnis von Meinungsfreiheit durch den - zu diesem Zeitpunkt - auch für den Werkschutz noch verantwortlichen Dr. Schneider.

Kölner Rundschau

Demonstranten sprengen Hauptversammlung

Die Hauptversammlung der Bayer AG ist zu Beginn von einer britischen Gruppe Demonstranten unterbrochen worden. Die Protestierer sprachen sich gegen die Ein-



führung von genetisch manipuliertem Saatgut in Großbritannien aus. Die Demonstranten hatten sich trotz strengster Sicherheitsvorkehrungen Zutritt zum Podium des Aufsichtsrates und Vorstandes des Chemie- und Pharmakonzernes verschafft. „Nieder mit Bayer“, schrie ein Protestierer, der etwa fünf Meter an einer Wand am Rande des Podiums hochgeklettert war. Der Werkschutz entfernte die Störer.

Spiegel online

(...) BAYER hatte den Blockbuster LIPOBAY wegen Nebenwirkungen vom Markt zurückgezogen. Bei gleichzeitiger Gabe des Wirkstoffs Gemfibrozil, vor der in den Beipackzetteln gewarnt worden war, war es zu etwa 100 Todesfällen gekommen. Das Unternehmen war daraufhin von Angehörigen und weiteren Opfern verklagt worden. Der US-Anwalt Daniel





Becnel, der nach eigenen Angaben rund 8.000 Kläger in den USA vertritt, bezifferte die Gesamtzahl der US-Kläger am Rande der Hauptversammlung auf mehr als 100.000. Die meisten davon hätten sich so genannten Sammelklagen angeschlossen.

Manager Magazin

Zu Beginn der Hauptversammlung protestierten britische Umweltschützer lautstark gegen grüne Gentechnik. Werkschützer mussten die Demonstranten gewaltsam aus dem Saal bringen. Insgesamt sieben Protestierer wurden der Polizei übergeben.

Die Welt

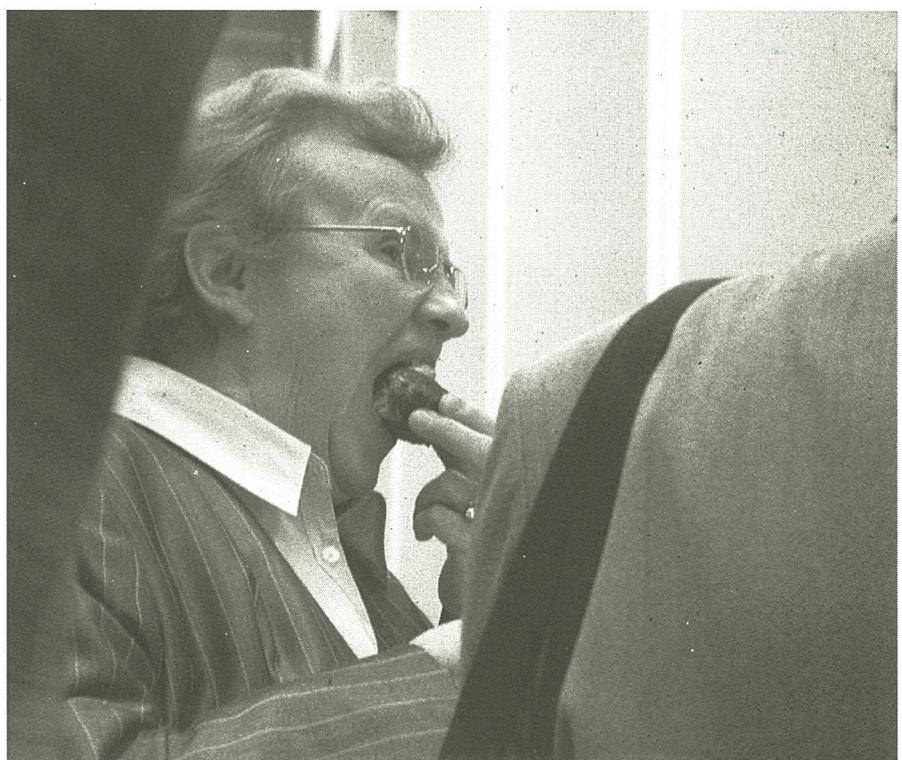
Abschied mit Zorn für Manfred Schneider

Sein letztes Jahr an der Spitze des Leverkusener Weltkonzerns ist in vielerlei Hinsicht ein besonderes. Das bestätigte sich auch am letzten Tag des Wirkens von Manfred Schneider. Auf der Hauptversammlung in der Kölner Messe ärgerten BAYER-Vorstandschef nicht nur Protestie-



rer aus England, sondern auch Aktionärschützer aus Deutschland: Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) hatte beantragt, den Vorstand nicht zu entlasten. Solche fundamentalen Begehren kommen sonst nur von erklärten Kritikern des Unternehmens wie der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. ... Obwohl die Aktionärsversammlung unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen ablief, enterten englische BAYER-

Gegner das Podium und den Bühnenaufbau. Sie wollten damit gegen Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen protestieren, die vor allem von AVENTIS CropScience überall in Europa gemacht werden. Mit der vom Vorstand gefeierten Übernahme der Pflanzenschutz-Sparte von AVENTIS wird BAYER auch führendes Gentechnik-Unternehmen. Der Werksschutz hatte einige Mühe, die sieben Demonstranten wieder →





einzuhalten. Als sich die Situation nach zwei, drei Minuten nicht entspannte, gingen die Ordnungshüter sehr hart gegen die Protestierer vor. Manfred Schneiders letzter Tag war so ungewöhnlich wie sein ganzes letztes Jahr.
Kölner Stadt-Anzeiger



Hauptversammlung mit Handgemenge

Eine Gruppe britischer Demonstranten hat die Hauptversammlung der BAYER AG zu Beginn unterbrochen. Sie protestierten gegen die Einführung von genetisch manipuliertem Saatgut in Großbritannien. „Nieder mit BAYER“, schrie ein Demon-

strant, der etwa fünf Meter an einer Wand am Rande des Podiums hochgeklert war. Die Aktionäre des BAYER-Konzerns dürften ebenfalls schlechter Stimmung gewesen sein. Denn der scheidende Vorstandschef Manfred Schneider verkündete überwiegend negative Nachrichten.
Hamburger Morgenpost

CBG erstattet Anzeige gegen BAYER

Wegen des brutalen Vorgehens gegen den Geschäftsführer der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), Philipp Mimkes, hat der Verein Strafanzeige gegen BAYER-Werkschutz und Konzernleitung erstattet. Mimkes, der lediglich den Protest der englischen Gentechnik-GegnerInnen fotografierte, wurde von einem „Sicherheitsmann“ der Arm umgedreht und bei einem zweiten Angriff der Daumen ausgekugelt. Außerdem wurde er beschimpft und zwischenzeitlich aus dem Saal geschleppt. CBG-Anwalt Wolfgang Diesing: „Das ist Körperverletzung und Einschränkung von Aktionärsrechten.“

**Bayer
Hazard**



**Bringing
genetically
modified crops
to a field near you**



WWW.BAYERHAZARD.COM

With its takeover of Aventis CropScience, Bayer has become GM Public Enemy No 1. in the UK and Europe. Bayer is new to GM crops but has a long and sinister history. Find out more about Bayer and GM crops, as well as its involvement with heroin, the Holocaust, withdrawn pharmaceuticals and toxic chemicals at www.bayerhazard.com

**Bayer
Hazard**



BAYER rechnet sich arm

Kein „Gewinn im Sinne des Steuerrechts“



Alle Fotos: arbeiterfotografie.com

Für den Gewinn von 965 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2001 zahlte BAYER keinen Cent Gewerbesteuer. Vom Land Nordrhein-Westfalen erhielt der Leverkusener Chemie-Multi sogar noch Abgaben zurückerstattet: 250 Mio. Euro Körperschaftsteuer. Das kam nicht von ungefähr, sondern von Heribert Zitzelsberger. Bevor dieser als Staatssekretär im Finanzministerium die Unternehmenssteuern „reformierte“, war er Leiter der Steuer-Abteilung von BAYER gewesen.

Von Udo Hörster



Er weiß, was er BAYER schuldig ist:
Finanzstaatssekretär Heribert Zitzelsberger.

Im Jahr 2001 vermehrten sich die Dividenden-Zahlungen der Kapital-Gesellschaften auf wundersame Weise. BAYER schüttete über eine Milliarde Euro aus, pro Aktie 1,40 Euro. Das war sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Anfang 2002 wurde der NRW-Finanzminister Peer Steinbrück des profanen Grundes für den märchenhaften Geldregen gewahr. Der Pharma-Riese hatte auf der Hauptversammlung nicht einfach nur die gute Fee gespielt, sondern eine „steuer-optimale Ausschüttungspolitik“ betrieben, wie es die Finanz-Jongleure in den Chef-Etagen der Global Players nennen. So optimal, dass Steinbrück dem Unternehmen 250 Mio. Euro Körperschaftssteuer zurückkü-

berweisen musste. Die rot-grüne Steuerreform zwang ihn dazu. Sie erlaubte den Konzernen nämlich, für bereits versteuerte Profite nachträglich den neuen, niedrigeren Steuer-Satz geltend zu machen, falls sie mit den einbehaltenen Gewinnen ihre AktionärInnen beglückten.

Zu verdanken hatte BAYER dieses Steuer-Geschenk einem alten Bekannten: Heribert Zitzelsberger. Bevor Hans Eichel ihn als Staatssekretär mit der Unternehmenssteuer-„Reform“ betraute, war er der Finanz-Chef des Chemie-Multis gewesen. „Wir haben mit Herrn Zitzelsberger unseren besten Mann entsandt“, tönte BAYER-Chef Manfred Schneider auf der Hauptversammlung im April 1999 sinngemäß, „und gehen davon aus, dass er in unserem Sinne tätig wird.“

Das wurde er denn auch. „Keinem der Berliner Großkopfeten hat die deutsche Groß-Industrie so viel Wohltaten zu verdanken wie Heribert Zitzelsberger“, schrieb die *Berliner Zeitung*. Er senkte nicht nur die Körperschaftssteuer für eingehaltene Gewinne auf 25 Prozent, sondern stellte auch die Erlöse aus dem Verkauf von Unternehmensteilen steuerfrei. Darüber hinaus verband er Mutter-Gesellschaften und Tochter-Firmen steuertechnisch durch das Konstrukt der Organschaft. Gewinne und Verluste konnten auf diese Weise solange zwischen Mütter- und Tochter-Gesellschaften miteinander verrechnet werden, bis dabei für die Finanzämter ein Nullsummenspiel herausrang.

Und BAYER nutzte nicht nur die Möglichkeit der „steuer-optimalen Ausschüttungspolitik“. Der Konzern verkaufte seine Anteile an der EC ERDÖLCHEMIE passgenau zum 1. Januar 2001 - dem Datum, ab dem für die Erlöse aus dieser Transaktion keine Abgaben mehr zu entrichten waren. Nachdem Zitzelsbergers Entlastungsprogramm die Bundesrepublik im Urteil von Investment-BankerInnen zu einem Paradies für Holdings gemacht hatte, nahm der Chemie-Multi ebendiese Unternehmensstruktur an. Sogar aus dem LIPOBAY-Skandal mit seinen 100 Todes-Opfern schlug er noch Kapital. Während das Unternehmen der Öffentlichkeit gegenüber die Berechtigung von Schadensersatz-Ansprüchen stets abstriß, stellte er die aus den Klagen eventuell erwachsenen finanziellen Belastungen dem Finanzamt schon einmal als Verlustvorträge in Rechnung. Mit dem Hinweis auf diese Verlustvorträge forderte er dann die Städte an den Standorten lapidar per Fax auf,



Impressum

STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
20. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
Internet: <http://www.dsk.de/rds/16985014.htm>
<http://www.CBGnetwork.de>
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. STICHWORT BAYER braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Ab-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie STICHWORT BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho). CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mirkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Volker Rekitke (vr), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag,

Vertrieb: CBG

Layout: Rike Casper

Druck: Ordensgemeinschaft Beschäftigungshilfe
(0211/44 93 98 70)

Bankverbindung: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1999

(1/1 S. sw 500,- €, 1/2 S. 300,- €)

1/3 S. = 1 Spalte 175,- € zzgl. MWSt.)

STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll STICHWORT BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg

bereits gezahlte Gewerbesteuer-Abschläge doch bitte wieder zurückzuüberweisen. Von BAYER als größtem Steuerzahler total abhängig, mussten Leverkusen, Krefeld, Dormagen, Brunsbüttel und Wuppertal ihre Etat-Planungen vollständig über den Haufen werfen. Einige Kommunen verhängten sofort eine Haushaltssperre. Allein in Leverkusen sanken die Gewerbesteuer-Einnahmen von 89,9 Mio. Euro auf 36,4 Mio. „So viele Schwimmbäder können wir gar nicht schließen, um die Steuer-Ausfälle aufzufangen“, klagte der Leverkusener Oberbürgermeister Paul Hebbel. Der Dormagener Kämmerer Jürgen Alef erhob sogar Zweifel an der Seriosität der BAYER-Zahlen: „Dass der Gewinn bei Null liegt, kann mir keiner erklären. Und solange mir das keiner erklären kann, glaube ich es nicht.“

In der *Neuss-Grevenbroicher Zeitung* erklärte der Werksleiter von BAYER/Dormagen, Walter Schulz, dann Alef und sei-

nen Kollegen, dass der Gewinn gar nicht bei Null liegen muss, damit die Steuern bei Null liegen. Gewinn ist nämlich rein steuertechnisch nicht gleich Gewinn. „Wir müssen deutlich unterscheiden zwischen dem Bilanz-Gewinn eines Unternehmens und dem so genannten steuerpflichtigen Gewerbe-Ertrag, der für die Gewerbesteuer maßgeblich ist“, dozierte er. Einen solchen Gewerbe-Ertrag erwirtschaftete BAYER dank „der Hilfe versierter Steuerfachleute“ nicht und damit ist für Schulz der Fall klar: „Wenn wir aufgrund der wirtschaftlichen Lage keinen Gewinn im Sinne des Steuerrechts erwirtschaften, können wir auch keine Steuern zahlen.“

Mit dem Hinweis auf diese Verlustvorträge forderte er dann die Städte an den Standorten lapidar per Fax auf, bereits gezahlte Gewerbesteuer-Abschläge doch bitte wieder zurückzuüberweisen

Insgesamt reduzierten sich die BAYER-Ertragssteuern durch die ganz legalen Steuertricks von 1,15 Mrd. Euro auf 150 Mio. im Jahr 2001 - eine Abnahme um 88 Prozent!

Die „versierten Steuerfachleute“ von BAYER & Co. haben wesentlich zum 4,4 Milliarden-Defizit der Städte beigetragen. Am Wachsen des NRW-Schuldenbergs von 4,2 Mrd. im Jahr 2000 auf 10,4 Mrd. 2001 haben sie einen ebenso großen Anteil wie am Negativ-Saldo des Bundes bei den Körperschaftssteuern. Belief sich das Aufkommen vor zwei Jahren noch auf 23 Mrd., so musste der Staat 2001 sogar noch 0,5 Mrd. draufzahlen. Insgesamt reduzierten sich die von den Unternehmen entrichteten Steuern um 26 Prozent von 76 Mrd. auf 56 Mrd. Euro.

Diese Entwicklung kam für das Finanzministerium nur teilweise überraschend. In den ersten Vorlagen bezifferte es die „negativen Einkünfte“ auf drei Milliarden Euro.; aus der dem Kabinett dann zur

„Wir haben mit Herrn Zitzelsberger unseren besten Mann entsandt“, tönte BAYER-Chef Manfred Schneider auf der Hauptversammlung im April 1999 sinngemäß, „und gehen davon aus, dass er in unserem Sinne tätig wird.“

Abstimmung vorgelegten Überarbeitung verschwand die Zahl allerdings wieder, weil sie die Akzeptanz des „Jahrhundertwerks“ gefährdete. Landespolitiker wie der grüne Umweltminister von Schleswig-Holstein, Klaus Müller, fühlen sich deshalb von Eichel & Co. arglistig getäuscht: „Wir haben uns zu sehr auf die Zahlen aus dem Finanzministerium verlassen“, bekannte er im *Spiegel*. Auch auf das Risiko der Nutzung der zahlreichen Steuer-Schlupflöcher der Reform durch die Global Players - sofern man nicht das Gesamtpaket als ein einziges Steuer-Schlupfloch bezeichnen will - hatten LandespolitikerInnen Zitzelsberger immer wieder hingewiesen. Der aber beschied ihnen scheinheilig: „So etwas macht ein deutsches Unternehmen nicht.“

Was ein deutsches Unternehmen dagegen wirklich nicht macht, ist Steuern zahlen. Nach einer vergleichenden Untersuchung der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) liegt unter den Industrie-Staaten der Anteil von Unternehmenssteuern am Brutto-Produkt nur noch in Island niedriger als in der Bundesrepublik. Sogar in den meisten Bundesstaaten der USA entrichten die dort ansässigen Konzerne

GEHEIM

Das "Fachblatt aus Köln..." (Der Spiegel)

**Verfassungsschutz
Demokraticabbau
CIA, BND, MOSSAD
Militärstrategien
"Schmutzige Kriege"
über das und viel mehr
schreibt GEHEIM
vierteljährlich und
unabhängig**

Probeexemplare gegen
3 Euro in Briefmarken bei:
Redaktion GEHEIM
Postfach 270324, 50509 Köln
Tel.: 0221/2839995 & 6
Fax: 0221/2839997
Mail: redaktion@geheim-magazin.de

COUPON

An BAYER:

Sehr geehrter Herr Schneider!

Hiermit protestiere ich gegen die Verquickung von Politik und Wirtschaft und die steuerliche Begünstigung von Konzernen. Keine Steuer-Geschenke für BAYER!

Vorname, Name, Wohnort, Straße

Datum, Unterschrift

Schicken Sie den Coupon bitte an: COORDINATION GEGEN BAYER GEFAHREN e.V., Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Wir leiten den Protest an BAYER weiter.

mehr Abgaben als BAYER & Co. am Standort D. Die EU-Kommission hat der rot-grünen Bundesrepublik wegen ihrer kleinen Aufmerksamkeiten für die Multis schon Steuer-Dumping vorgeworfen.

Davon unbeeindruckt, dumpt der Ex-Steuermann von BAYER munter weiter. Er plant eine „Modernisierung des Außensteuer-Gesetzes“, welches das eben erst geschlossene Steuer-Schlupfloch „Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben bei Auslandsbeteiligungen“ wieder öffnet. Darüber hinaus will der Finanzstaatssekretär die bei Kredit-finanzierten Unternehmenskäufen (wie dem Erwerb von AVENTIS CROPSCIENCE durch den Leverkusener Chemie-Multi) fälligen Zins-Leistungen steuerabzugsfähig machen. Sein liebstes Kind ist aber die Abschaffung der Gewerbesteuer. Als himmelschreiende Ungerechtigkeit empfindet es Heribert Zitzelsberger nämlich, dass nur Groß-Verdiener wie BAYER von ihr zur Kasse gebeten werden: „Die Gewerbesteuer ist (...) immer problematischer geworden, sie erfasst nur noch Großbetriebe.“ Weil das nicht sein darf, hat der Beamte im Ministerium schon einen „Runden Tisch“ eingerichtet, an dem unter anderem Ministerial-BürokratInnen, SteuerberaterInnen,

JuristInnen und WirtschaftsvertreterInnen sitzen. Als erstes haben natürlich BAYER und Konsorten Platz genommen. Das kam selbst der nicht eben Kapitalismus-kritischen *Faz* nicht ganz geheuer vor: „An vorderster Front steht dabei die Chemie-Industrie, ebenjene Branche, in der auch Zitzelsberger einst vor seiner Berufung ins Ministerium als Steuerfachmann gearbeitet hat.“ „Das Klima wirkt (...) durchaus freundlich und einvernehmlich“, schreibt das Blatt weiter. Kein Wunder, dass die

„Keinem der Berliner Großkopfen hat die deutsche Groß-Industrie so viel Wohltaten zu verdanken wie Heribert Zitzelsberger“, schrieb die Berliner Zeitung.

Chemie stimmte, denn Unfreundliches hatte die Tisch-Gesellschaft nur mit denen vor, die keine Einladung erhalten hatten: den Durchschnitts-SteuerzahlerInnen. Was BAYER & Co. nicht mehr zahlen wollen, soll künftig die breite Masse aufbringen, da entdecken die SteuersenkungsstrategInnen plötzlich die Werte des Gemeinsinns. Sie wollen die „finanzielle Beteiligung der SteuerbürgerInnen an den Ausgaben ihrer Gemeinde“ künftig „auf

eine breitere demokratische Basis“ stellen, wie ein Steuer-Experte der Industrie formulierte.

Unterdessen drohen die bereits geltenden Regelungen ihr ganzes Unheil erst in den kommenden Jahren zu entfalten. Die Global Players können bei einer Ausschüttung ihrer einbehaltenden Gewinne an die AktionärInnen nach einer Schätzung des *Spiegels* sage und schreibe Körperschaftssteuer-Rückforderungsansprüche in Höhe von 37 Mrd. Euro stellen. „Dies wäre dann eine der gewaltigsten Umverteilungen von unten nach oben, die die Republik je gesehen hat“, konstatiert der Flensburger Volkswirtschaftler Gerd Grözingler.

Der Öffentlichkeit gegenüber verkaufte das Finanzministerium das Anlegen der Steueroase Bundesrepublik mit dem Argument, damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu sorgen. Davon redet inzwischen keiner mehr. Während die ausbleibenden Steuer-Leistungen die Städte an den Rand des Ruins treiben, liegt die Arbeitslosigkeit unverändert hoch bei ca. vier Millionen. Allein BAYER hat im fast steuerfreien Geschäftsjahr 2001 für die nächsten Jahre die Vernichtung von 10.000 Arbeitsplätzen angekündigt.

UMWELT FONDS

Entziehen Sie Ihr Geld dem Kreislauf der Konzerne und Banken, geben Sie den Solidarinteressen mehr Gewicht, stärken Sie den **UMWELT**FONDS mit Ihrer Einlage.

Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf

Am Hackenbruch 87
40231 Düsseldorf

Fon 0211 - 26 11 210
Fax 0211 - 26 11 220

e-mail:
CBGnetwork@aol.com

Ja, ich habe Interesse:

Name : _____

Telefon : _____

Adresse : _____

BAYER, Bonn & Brüstle

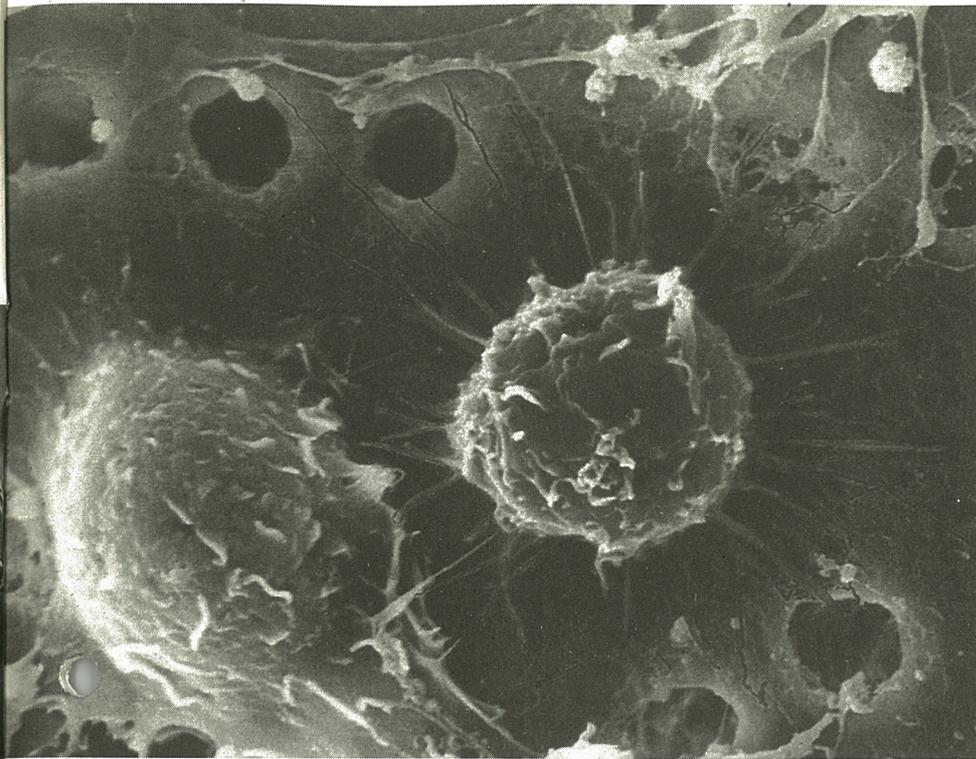
Die unheilige Gentech-Allianz



Propaganda-Fotos von BAYER nach dem Motto: Schöne neue Gen-Wellen

Kaum hat Ernst-Ludwig Winnacker, Aufsichtsrat der BAYER AG und Präsident der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“, für die Aufhebung des Import-Verbotes für embryonale Stammzellen gesorgt, da wendet er sich schon einem neuen Projekt zu. Er zieht die Strippen bei der Genehmigung der Biotech-Firma LIFE & BRAIN. Mit dem Gen-Technologen Oliver Brüstle an der Spitze soll das Unternehmen Nordrhein-Westfalen zu Stammland der Stammzellen-Forschung machen.

Von Philipp Mimkes



Das Objekt der GentechnikerInnen-Begierde: die Stammzelle

Am Ende war das Votum deutlich: 339 Abgeordnete des Deutschen Bundestags stimmten für den Import menschlicher embryonaler Stammzellen, nur 266 ParlamentarierInnen votierten für ein generelles Einfuhr-Verbot. Zugelassen hat das Gremium damit einen Import solcher Zell-Linien, die ursprünglich für die künstliche Befruchtung erzeugt wurden und die am Tag des Beschlusses (30. Januar 2002) bereits existierten.

Mit der Gesetzesänderung kommt die Neuausrichtung der deutschen Gentechnik-Politik innerhalb nur eines Jahres zu einem vorläufigen Höhepunkt. Eingeleitet wurde die Wende mit einem Aufsatz von Gerhard Schröder, in dem sich dieser gegen „ideologische Scheuklappen und grundsätzliche Verbote“ aussprach - weite Teile des Plädoyers übernahm der Kanzler dabei aus einem Manuskript von Prof. Ernst-Ludwig Winnacker, der neben seinem Amt als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) auch im BAYER-Aufsichtsrat sitzt. Nächste große Schritte waren der Rücktritt der Gentechnik-Kritikerin Andrea Fischer als Gesundheitsministerin und die Bildung des „Nationalen Ethikrates“, mit dem die SkeptikerInnen in der Bundestags-Enquetekommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ entmachteten wurden. Schließlich änderte die DFG ihre Statuten und bewilligte noch am Tag der Entschei-

dung im Bundestag erstmals die Förderung eines Projekts, für das menschliche embryonale Stammzellen „verbraucht“ werden.

Bereits wenige Wochen nach dem Votum des Bundestags wurden Stimmen laut, die „einen nachlaufenden Stichtag“ forderten und damit die verbleibenden Restriktionen vollends abstreifen wollten - analog zur Entwicklung in den USA, wo die „National Academy of Science“ der Regierung einen Bericht übergab, in dem die Stichtagsregelung als „forschungsfeindlich“ und die Herstellung neuer Stammzell-Linien als unbedingt erforderlich bezeichnet wird.

Prof. Winnacker: Regisseur der Biopolitik- Wende

Der Multifunktionär Prof. Ernst-Ludwig Winnacker hat sich in der Öffentlichkeit sukzessive den Posten des obersten Gentechnik-Experten erobert: in der *Zeit*, der *BILD*-Zeitung oder bei Sabine Christiansen tritt er als oberster Repräsentant des „Nationalen Ethikrates“ auf und erklärt dem Publikum die vorgeblichen Chancen der neuen Forschungsfelder.

Bei Winnacker laufen wie bei einer Spinne im Netz alle Fäden zusammen: neben dem Sitz im Ethikrat, der Rolle als Einflüsterer des Kanzlers und dem Posten im BAYER-Aufsichtsrat ist der Biochemi-

ker Gründer des Unternehmens MediGene, Aufsichtsrat der Firmen ELEGENE AG und NASCACELL, Vorstandsmitglied der TVM TECHNO VENTURE MANAGEMENT (die zahlreichen Biotech-Firmen Startkapital zur Verfügung stellt), Wissenschaftlicher Beirat des Bayerischen Ministerpräsidenten und Beirat der Firma SWITCH BIOTECH.

Bei der DFG, die jährlich 1 Milliarde Euro Forschungsgelder verteilt, hat Winnacker innerhalb von zwei Jahren einen

Vor ein paar Jahren hatte Winnacker sich noch gegen eine Lockerung des Import-Verbotes ausgesprochen

grundlegenden Wandel durchgesetzt: Während die DFG noch 1999 die verbrauchende Embryonenforschung ablehnte, veröffentlichte Winnacker nur ein Jahr später unter dem Titel „Stammzellen - Verheißung für die Biomedizin“ ein Plädoyer für menschliche Ersatzteillager - und besaß dabei die Dreistigkeit, das Lebensrecht eines Embryos mit dem Recht auf Forschungsfreiheit auf eine Ebene zu stellen. Im selben Jahr wurden die DFG-Statuten geändert, so dass nach der Entscheidung des Bundestags die ersten Gelder bewilligt werden konnten.

Doch nicht nur bei der Vergabe öffentlicher Mittel zieht Winnacker die Strippen. Als Stiftungsrat der Quandt Stiftung, Kurator der Gottlieb-Daimler- und Karle-Benz-Stiftung, Vizepräsident der Alexander von Humboldt-Stiftung, Kuratoriumsmitglied der AVENTIS Foundation, Stiftungsrat der BURDA-Stiftung, Kurator der Evangelischen Akademie Tutzing und Stiftungsrat der Arthur-Burckhardt-Stiftung spielt er auch bei der Ausschüttung privater Forschungsgelder eine zentrale Rolle.

Ungedeckte Checks auf die Zukunft

Vor ein paar Jahren hatte Winnacker sich noch gegen eine Lockerung des Import-Verbotes ausgesprochen und vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt: „Bislang fehlt

Gentechnisch veränderte Stammzellen haben bei Mäusen Blutkrebs ausgelöst

der Nachweis, dass therapeutisches Klonen im Tierversuch funktioniert.“ Nachweise fehlen auch dafür, ob sich die mit Hilfe embryonaler Stammzellen entwickelten Gewebe-Arten und Organe nach der Implantation im Körper normal entwickeln und ein beschleunigter Alterungs-



prozess ausgeschlossen ist.

Auch besteht bei aus Stammzellen gewonnenem Gewebe und Organen nach wie vor ein Abstoßungsrisiko, da sich in den Zellen Mitochondrien mit eigenen Erbanlagen befinden. Früh schon haben MedizinerInnen vor einem Krebsrisiko gewarnt. Bei einem Versuch der Medizinischen Hochschule Hannover hat es dafür erstmals eine Bestätigung gegeben: gentechnisch veränderte Stammzellen haben bei Mäusen Blutkrebs ausgelöst.

Wachstumsmarkt der Zukunft für die BAYER AG

Auch wenn die Befürworter der Forschung an embryonalen Zellen ökonomische Interessen leugnen: letztlich geht es um die Erschließung neuer Märkte für die Pharma-Industrie. In den USA fallen jährlich Kosten in Höhe von 400 Milliarden Dollar durch Organ- und Gewebeschäden an, zehn Millionen Menschen leben mit künstlichen Implantaten. In Deutschland leiden drei Millionen Personen an chronischen Hautschäden, mehr als 100.000 Prothesen werden jährlich eingesetzt. In all diesen Bereichen sollen künftig Stammzellen zum Einsatz kommen. AnalystInnen erwarten bereits für das Jahr 2010 ein Markt-Volumen von 10 Mrd. US Dollar.

So verwundert es nicht, dass der Leverkusener BAYER-Konzern, der nach dem Verkaufsstopp des Cholesterin-Senkers LIPOBAY und dem Ende der Patentlaufzeiten auf das Antibiotikum CIPROBAY

Mitarbeiter des Uni-Sekretariats bestätigten gegenüber StudentInnen den nahe liegenden Verdacht, dass es sich bei dem Partner aus der Industrie um den Leverkusener BAYER-Konzern handelt - einem alten Freund der Universität Bonn

und das Blutdruckmittel ADALAT dringend zusätzliche Märkte sucht, voll auf die neue Technik setzt. „Die Möglichkeiten sind grenzenlos“, schwärmt Pharmaforschungsleiter Wolfgang Hartwig, „vor allem bei Erbkrankheiten, bei denen es noch keine konventionellen Therapien gibt, ist das Markt-Potenzial groß“. Der Pharma-Riese, nach dem Erwerb der AVENTIS CROPSCIENCE AG auch Europas Nummer 1 im Bereich „grüne Gentechnik“, forscht in den USA bereits an Stammzellen aus dem Gewebe Erwachsener und will nach eigener Aussage

embryonale Zellen einsetzen, sobald dies erlaubt ist.

Zudem ist der Konzern mit fast allen deutschen Firmen, die Stammzellen-Forschung betreiben, verbandelt. Im Management der PEPTOR GmbH und der CARDION AG sitzt mit Dr. Joachim Bender ein langjähriger BAYER-Mitarbeiter, zu fast allen anderen Biotech-Firmen läuft der Kontakt über Prof. Winnacker. Für Startup-Unternehmen stellte der Konzern 20 Millionen DM Risiko-Kapital bereit. Und auch zum Vorreiter des neuen Forschungszweigs, dem Bonner Hirnforscher Oliver Brüstle, unterhält der Konzern enge Verbindungen.

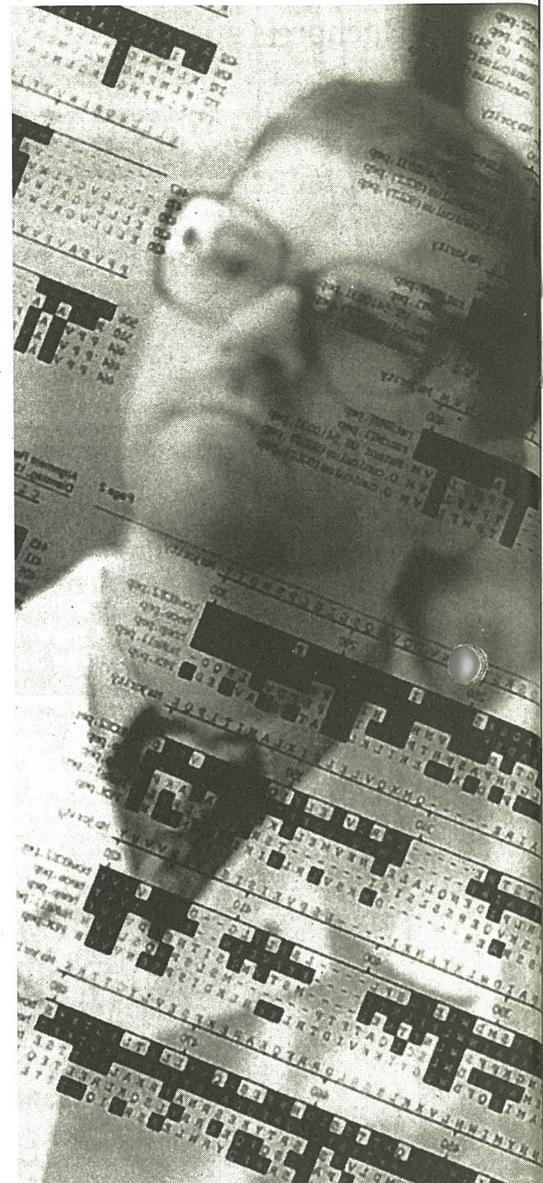
Der Eisbrecher Oliver Brüstle

Stolz verkündete die Universität Bonn im vergangenen Jahr, dass der „Mediziner Dr. Oliver Brüstle den Ruf an der Universität Bonn für die neu eingerichtete Professur für „Rekonstruktive Neurobiologie“ angenommen“ hat. Grund für Brüstle sei die „Chance, den völlig neuen Forschungsbereich der rekonstruktiven Neurobiologie aufzubauen, der Biologie der Stammzellen ihre Geheimnisse zu entlocken und damit langfristig neue Perspektiven für die Forschung, aber auch für die Behandlung von Krankheiten zu eröffnen.“

Brüstle ist neben Winnacker der zweite prominente „Eisbrecher“, der in der öffentlichen Diskussion die Beschränkungen der Forschung beständig attackiert. Als prominenten Fürsprecher gewann er NRW-Ministerpräsident Clement, mit dem er die Gentechnik-Labors im Weizman Institut in Haifa besuchte, von wo Brüstle die ersten Stammzellen ordern möchte. Auf Brüstle gehen auch die „Empfehlungen zur Forschung mit menschlichen Stammzellen“ im Wesentlichen zurück, auf deren Basis die Überarbeitung der DFG-Satzung vorgenommen wurde - passgenau so verfasst, dass die DFG seinem Antrag auf Import dieses Zell-Typs zustimmen konnte.

Schon 1999 erregte Brüstle Aufsehen, als er mit seinem Instituts-Chef Otmar Wiestler aus embryonalen Stammzellen von Mäusen Gehirnzellen entwickelte und diese Ratten einpflanzte. Mehrere Patente auf die Arbeit mit embryonalen Stammzellen sicherte sich Brüstle privat.

Diese Patente auf Leben symbolisieren denn auch den Paradigmen-Wechsel in der Medizin. Sie stehen für eine privatwirtschaftliche Aneignung der Vielfalt des



Lebens zu Profit-Zwecken und für die Einführung des „Betriebsgeheimnisses“ in die Welt der Forschung. Die absehbare Folge davon ist eine Behinderung des wissenschaftlichen Fortschritts.

LIFE & BRAIN sichert kommerzielle Verwertung

Institutsleiter Otmar Wiestler legte im Sommer 2001 ein Konzept zur Ausgliederung der biotechnologischen Forschungsbereiche an der Uni Bonn in eine GmbH vor. In der Firma LIFE & BRAIN soll demnach „akademische Forschung mit industriellem Know How unter einem Dach“ verknüpft werden und „die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft eine neue Dimension“ verliehen bekommen. Das Konzept-Papier, das mittlerweile offizieller Teil des „Strukturkonzepts der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn“ ist, beschwört die „Möglichkeit gewinnträchtiger Firmen-Kooperationen

und -beteiligungen" und erwähnt ein bereits vorliegendes Patent im Bereich neuraler Stammzellen „mit großem Verwertungspotenzial“.

Vier Professoren (darunter Oliver Brüstle) sollen - neben ihrer Tätigkeit für die Uni Bonn - für ein Monatsgehalt von 10.000 Euro Abteilungsleiter von LIFE & BRAIN werden. Es ist abzusehen, dass mittelfristig die Forschung an der Universität zurückgefahren wird und öffentlich geförderte Forschungsergebnisse ausschließlich privatwirtschaftlich genutzt werden - ohne lästige Kontrollen durch Gremien der Universität oder das Wissenschaftsministerium. Auch bei der PatientInnen-Versorgungen und bei der Lehre wird gespart, bereits jetzt findet an den Bonner Uni-Kliniken eine Umverteilung der Gelder aus den Bereichen Lehre und Krankheitsversorgung zu Gunsten von LIFE & BRAIN statt.

Die jährlichen Kosten der Firma werden mit knapp acht Mio. Euro pro Jahr angegeben, die Erstausrüstung mit 35 Millionen. Die laufenden Kosten sollen langfristig etwa zu 70 Prozent von Universität, Land NRW und DFG, und zu rund 30 Prozent von Industrie-Partnern übernommen werden. Mittel- und langfristig sollen „Überschüsse zugunsten der Gesellschaf-

ter von LIFE & BRAIN erzielt" werden. Nach Meinung der Autoren des Konzept-Papiers ist „die schnelle Realisierung von LIFE & BRAIN sowohl für den Wissenschaftsstandort als auch für den Wirtschaftsstandort NRW von entscheidender Bedeutung. Längerfristig kann im Umfeld von LIFE & BRAIN ein neurowissenschaft-

So verwundert es nicht, dass der Leverkusener BAYER-Konzern voll auf die neue Stammzellen-Technik setzt.

„Die Möglichkeiten sind grenzenlos“, schwärmt Pharmaforschungsleiter Wolfgang Hartwig.

lich ausgerichteter Biotechnologie-Park entstehen.“

Erst am Ende des 30seitigen Entwurfs wird dann die Katze aus dem Sack gelassen: „Ein Großunternehmen der pharmazeutischen Industrie aus Nordrhein-Westfalen hat bereits ein konkretes Interesse signalisiert, sich als Partner und Mitgesellschafter an dieser Modell-Institution zu beteiligen.“ Mitarbeiter des Uni-Sekretariats bestätigten gegenüber StudentInnen den nahe liegenden Verdacht, dass es sich bei dem Partner aus der Industrie um den Leverkusener BAYER-Konzern handelt

- einem alten Freund der Universität Bonn. Vertreter von LIFE & BRAIN wollten die Kooperation mit BAYER wegen „laufender Verhandlungen" nicht bestätigen.

BAYER und die Uni Bonn: „enge Verbindung zur Tradition erstarkt“

Die Firma BAYER unterhält seit über 80 Jahren enge Verbindungen zur Uni Bonn: Ein Vorstandsmitglied des Konzerns befindet sich stets im Aufsichtsrat der Universität (aktuell Forschungsleiter Dr. Pol Bamelis). Die „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Uni Bonn" (GEFFRUB), die Forschungsvorhaben an der Uni und Stipendien finanziert, wird seit 1917 stets von einem BAYER-Vorstandsmitglied geleitet - erster Vorsitzender der GEFFRUB war der berühmte BAYER-Generaldirektor Carl Duisberg, der im 1. Weltkrieg den Einsatz von Giftgas und ZwangsarbeiterInnen forcierte und in den 20er Jahren die IG Farben schuf.

Schon 1963 lobte der damalige Direktor der Universität, Prof. H. Welzel, die enge Verbindung zum BAYER-Konzern, die bis heute fortbesteht: „War Carl Duisberg der Begründer unserer Fördergesellschaft, so wird man Ulrich Haberland [Vorstandsvorsitzender von BAYER] mit gutem Grund



ABONNIEREN SIE JETZT!

STICHWORT BAYER erscheint seit 1982 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle.

STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne.

Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern

WELTWEIT THEMEN!

Kartellrecht mit Alltagsfragen • Virtuelle Geschäfte und neue Arbeitsplatzverhältnisse • Umweltschutz auf dem Abstellgleis • Skandale des Kapitals mit der Barbara!

C O U P O N

Ich/wir abonniere für € jährlich. (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-Solifonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____

Kontohr. _____

BLZ _____

Name/Vorname _____

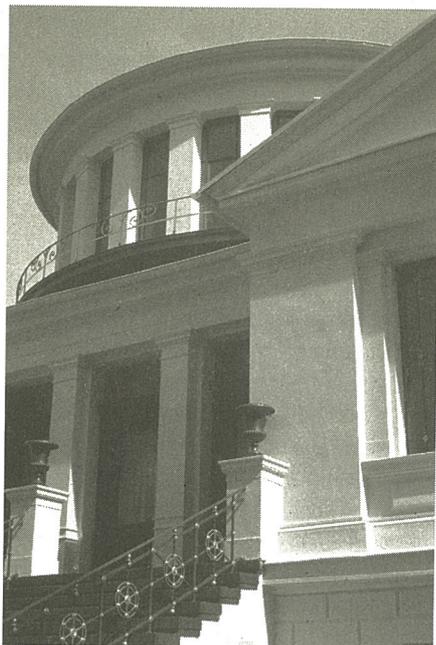
Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____ Alter _____

Bitte zurücksenden an:
 Coordination gegen BAYER-Gefahren,
 Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
 Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com





de als ihren Neubegründer nach der Katastrophe von 1945 aussprechen können. Dass nun wieder ein leitender Mann aus dem Verbands der BAYER-Werke den Vorsitz unserer Gesellschaft übernommen hat, das erfüllt uns mit großer Genugtuung und mit der Hoffnung, dass die enge Verbindung zwischen den BAYER-Werken und der Universität Bonn auch im zweiten Jahrhundert des Bestehens der BAYER-

Werke erhalten bleibt und zur Tradition erstarken möge." Aktuell werden auch der Ehrenvorsitzende des Verbands und der Beisitzer von dem Unternehmen gestellt - bis vor wenigen Jahren befand sich gar das Sekretariat der GEFRUB direkt im Leverkusener BAYER-Werk.

Vorläufiges Resumee

Die Befürworter embryonaler Stammzellenforschung haben in den zahlreichen Diskussionen zum Thema stets eine „Ethik des Heilens“ vertreten. Das (von allen Seiten eingestandene) moralische Problem, menschliches Leben für Forschungszwecke zu opfern, müsse demnach zu Gunsten verbesserter Heilungschancen für Millionen Kranke zurücktreten. Während diese Versprechen ungedeckte Schecks auf die Zukunft sind, ist das Töten der Embryos zu Forschungszwecken allerdings schon erschreckend real. Ebenso real wie die Ökonomisierung der Forschung und die Beschränkung des Zugangs zum Wissen durch die Patentregelungen.

Privatwirtschaftliche ökonomische Interessen als Motor der neuen Forschungszweige wurden von den BefürworterInnen der Gesetzesänderung scharf zurückgewiesen. Die engen Verflechtungen von

Pharmaindustrie, Politik und öffentlichen Forschungseinrichtungen thematisierten sie jedoch in dem vorgeblich „offenen“ Diskurs nicht. Auch die mögliche Beteiligung der BAYER AG an der nun geplanten LIFE & BRAIN GmbH wurde von den Initiatoren des Projekts nicht diskutiert und wurde erst durch eine Indiskretion bekannt.

Der Öffentlichkeit wurden also wesentliche Hintergründe, die zu der nun gefällten Entscheidung führten (die sicherlich nicht den Schlusspunkt der Entwicklung darstellt), bewusst vorenthalten. Es fragt sich, warum die BefürworterInnen der Aufhebung des Embryonenschutzes - von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Uni Bonn bis hin zu Ministerpräsident Clement und Kanzler Schröder - nicht ehrlich argumentiert haben. Vielleicht, weil man weiß, dass Profitinteressen der Industrie die Einschränkungen des Schutzes menschlichen Lebens nicht rechtfertigen? Weil dann deutlich würde, dass es nur um ein weiteres Vordringen der Gesetze der Verwertung und des Profits geht?

Das Konzeptpapier zur Gründung von LIFE & BRAIN sowie die Chronik der GEFRUB senden wir gegen Kostenerstattung gerne zu. 0211/33 39 11

umwelt·medizin·gesellschaft



UMWELTMEDIZINISCHE FACHZEITSCHRIFT - AUCH FÜR LAIEN

- HUMANÖKOLOGIE
- SOZIALE VERANTWORTUNG
- GLOBALES ÜBERLEBEN

Bitte fordern Sie ein
kostenloses Probeexemplar an:

UMG Verlagsgesellschaft
Fedelhöfen 88, D-28203 Bremen
Tel.: 0421-3649714
Fax: 0421-4984252
eMail: info@umg-verlag.de
Internet: www.umg-verlag.de

Klage von 11 ehemaligen Angestellten:

BAYER muss zahlen

(pm) Der BAYER-Konzern ist in den USA zur Übernahme von Pensionszahlungen an elf arbeitsunfähige Chemiewerker verurteilt worden. Die Betroffenen sind ehemalige Mitarbeiter der Firma SPECIALTYCHEM PRODUCTS, die BAYER im vergangenen Jahr verkauft hatte, ohne mit den Käufern die Fortzahlungen der Renten zu klären. Die ehemaligen Arbeiter hatten seit dem Besitzer-Wechsel keine Pensionen mehr erhalten.

BAYER hatte vor dem Verkauf erklärt, alle Verbindlichkeiten der Tochterfirma zu übernehmen, wozu auch Pensionsan-

sprüche gehörten. Die Firma CHESTNUT, Käuferin von SPECIALTYCHEM PRODUCTS hatte sich daher geweigert, die Renten weiter auszuzahlen. Nach Angaben des Gerichts belaufen sich die Zahlungen auf insgesamt 3,8 Millionen US Dollar.

Lewis Kaplan, Richter am „District Court of Southern New York“ in der Urteilsbegründung: „Man sollte meinen, dass die beteiligten Parteien angesichts der teilweise schweren Erkrankungen der Betroffenen eine vernünftige Übereinkunft getroffen hätten. Leider trägt diese Hoffnung. Die Angestellten wurden von den

Firmen regelrecht im Regen stehen gelassen.“ Kaplan kritisiert, dass die Konflikt-Parteien bis zur juristischen Klärung des Falles keine Übergangslösung geschaffen haben, die eine Versorgung der ehemaligen Mitarbeiter sicher gestellt hätte.

Es ist seit Jahren eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei BAYER zu beobachten. Der Fall SPECIALTYCHEM PRODUCTS ist nur die Spitze des Eisbergs. Es steht zu befürchten, dass der gegenwärtige Umbau von BAYER zu einer Holding zu noch unsichereren Arbeitsverhältnissen führt.

Wir
verändern
die Welt

www.jungewelt.de

Ja, ich will die junge Welt für 10 Wochen ausprobieren

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort/Telefon

Dafür bezahle ich 16 Euro. Will ich die *junge Welt* danach nicht weiterbeziehen, teile ich das dem Verlag 8. Mai GmbH spätestens zehn Tage vor Ablauf des Probeabos

kurz schriftlich mit. Falls ich die *junge Welt* weiter beziehe, bezahle ich nach Ablauf der

Probewochen monatlich

Sozialabo: 17,10 Euro,

Normalabo: 24,50 Euro,

Soliabo: 31,70 Euro.

Ich bezahle mein Abo

monatlich (nur mit Bankeinzug), vierteljährlich,

halbjährlich, jährlich

per Rechnungslegung Einzugsermächtigung

Das Abo soll ab Montag, den beginnen.

Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut/Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Widerrufsrecht

Ich kann diese Bestellung innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich bei *junge Welt*, Karl-Liebknecht-Straße 32, 10178 Berlin, widerrufen. Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den oben angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf schriftlich bei Ihnen kündige (Poststempel).

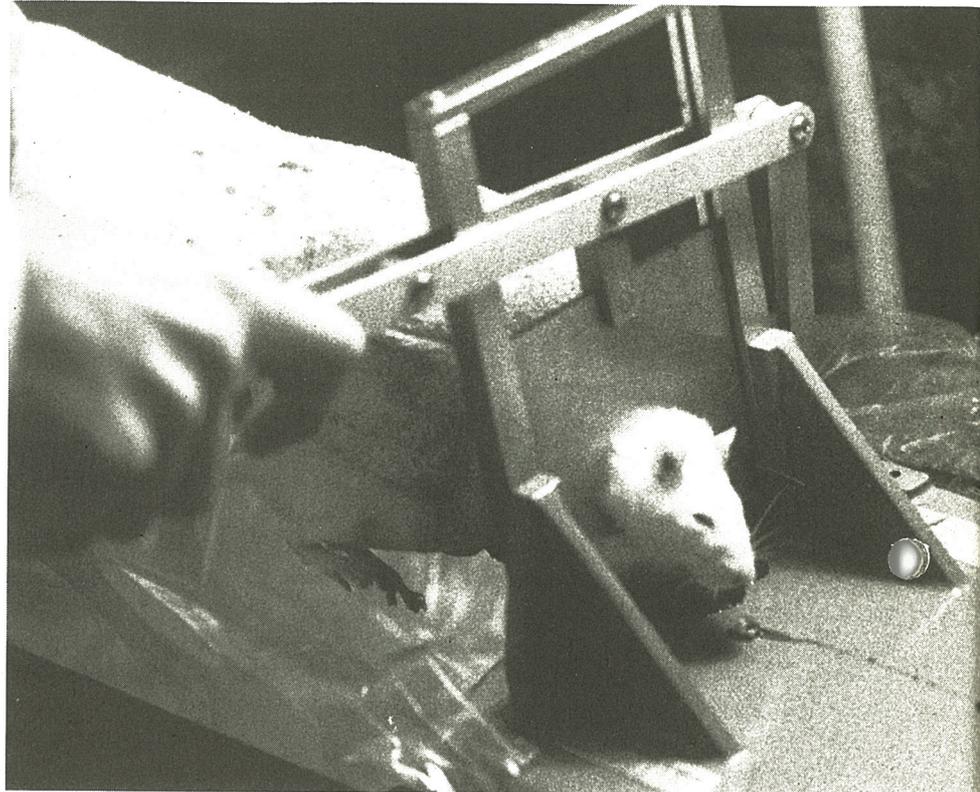
jetzt am Kiosk

Die Tageszeitung
junge Welt

Überflüssig, grausam und gefährlich

Tierversuche von BAYER & Co.

Tierversuche werden in der Forschung, in der Lehre und insbesondere von BAYER und anderen Pillen-Produzenten im Verlauf der Medikamenten-Entwicklung durchgeführt. In jedem dieser Bereiche sind sie überflüssig und sogar gefährlich für die PatientInnen-Sicherheit.



Fotos: PETA

Von Elke Nörenberg (ÄRZTE
GEGEN TIERVERSUCHE)

Die pharmazeutische Industrie führt tagtäglich unzählige Tierversuche durch. Begründen tun dies BAYER & Co. zum einen mit der Notwendigkeit der Forschung nach neuen Medikamenten und zum anderen mit den behördlich vorgeschriebenen Sicherheitsprüfungen. Doch die nicht gegebene Übertragbarkeit tierexperimenteller Ergebnisse auf den Menschen sowie die immer wieder eintretende Notwendigkeit der Marktrücknahme verschiedener Medikamente wegen unvorhergesehener Nebenwirkungen demonstrieren die Untauglichkeit dieses Verfahrens. Dass für diese unsinnigen Experimente zahllose Tiere entsetzliche Qualen erdulden müssen, macht das Eintreten für die Abschaffung von Tierversuchen um so wichtiger.

So ist beispielsweise einer Veröffentlichung der BAYER AG* zu entnehmen, dass Rückschlüsse über pharmakologische Wirkungen am Menschen aufgrund von Ergebnissen am Tier nur Zufallstreffer sind. Die so genannte Pharma-Kokinetik (Weg eines Medikaments durch den Körper) eines Antibiotikums, MOXIFLOXACIN, testeten die BAYER-PharmazeutInnen an verschiedenen Tierarten und am Menschen. Dazu verabreichten sie Mäusen,

Ratten, Rhesus-Affen, Beagle-Hunden, Göttinger Mini-Schweinen und gesunden menschlichen Freiwilligen dieses Medikament oral und intervenös. Nun untersuchten die WissenschaftlerInnen, wie die Substanz vom Körper aufgenommen, verarbeitet und wieder ausgeschieden wird. Die AutorInnen weisen in ihrem Artikel deutlich darauf hin, dass die ermittelten Werte zwischen den einzelnen Tierarten sowie zwischen Mensch und Tier erhebliche Unterschiede aufweisen. Abschließend kamen die ForscherInnen zu dem Schluss, dass die Situation beim Hund derjenigen beim Menschen am nächsten kommt.

Dieses Beispiel verdeutlicht, dass Tierversuche keine Voraussagen von Medikamenten-Wirkungen und -Nebenwirkungen beim Menschen zulassen. Erst nach Erhebung von Daten an Menschen kann rückwirkend festgestellt werden, welche Tierart dem Menschen in einigen wenigen Aspekten vergleichbar erscheint.

Die jüngste Vergangenheit hat am Beispiel des Wirkstoffs Cerivastatin (bekannt unter dem Produkt-Namen LIPO-BAY) deutlich gemacht, dass schwerwiegende Nebenwirkungen durch Tier-Experimente eben nicht vorhersehbar sind. Trotz

der vom Hersteller nach zahlreichen Tierversuchen vorhergesagten „ausgezeichneten Gesamtverträglichkeit“ kam es bei zahlreichen PatientInnen zu Muskelzerfall mit Todesfolge. Auch hier kann man einer Veröffentlichung des Herstellers** entnehmen, wie viele Tiere für die ausgiebige Sicherheitstestung dieser Substanz „verbraucht“ wurden: Ratten, Mäuse, Kaninchen, Hunde, Mini-Schweine und

So ist beispielsweise einer Veröffentlichung der BAYER AG* zu entnehmen, dass Rückschlüsse über pharmakologische Wirkungen am Menschen aufgrund von Ergebnissen am Tier nur Zufallstreffer sind.



Affen mussten das neue Präparat über Schlundsonde, als Kapsel oder als Futterbeimischung einnehmen. Ratten und Mäusen verabreichten die BAYER-ForscherInnen es außerdem intravenös. Doch diese ausgiebigen Experimente konnten scheinbar trotz des hohen Tier-„Verbrauchs“ die katastrophalen Folgen für den Menschen nicht einmal erahnen lassen, so dass der Leverkusener Chemie-Multi es nach dem Bekanntwerden von 31

Todesfällen im September 2001 vom Markt nehmen musste; mittlerweile hat sich die Zahl der Opfer auf über 100 erhöht.

Um auch im Bereich der Tiergesundheit Profite zu machen, müssen zunächst einmal andere Tiere während der pharmakologischen Forschung leiden. So testeten Veterinär-MedizinerInnen von BAYER beispielsweise ein neues Wurmmittel an Ratten, Hunden, Schafen und Rindern,

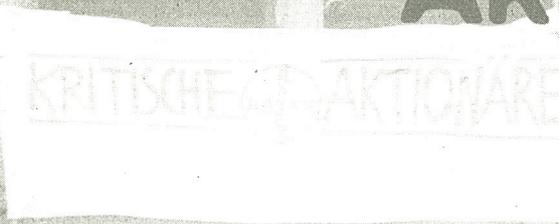
nachdem diese mit Würmern infiziert worden waren. Doch nicht alle Tiere erhielten das Anti-Parasitenmittel verabreicht. Die Gruppe der „Kontroll-Tiere“ blieb unbehandelt und erlitt deshalb stärkste Qualen: Die Lungen der Kreaturen waren voller Würmer, Schleim und Eiter, so dass die Tiere unter erheblicher Luftnot litten***.

Die genannten Beispiele verdeutlichen den Unsinn tier-experimenteller Forschung. Zudem existieren alternative



Die Banken vertreten mit Ihren BAYER-Aktien nur eigene Interessen. Wir treten ein für Menschenrechte, Umweltschutz und soziale Sicherung. Übertragen Sie uns Ihre Stimmrechte.

Besitzen Sie Bayer-Aktien?



Kritische BAYER-AktionärInnen • *Coordination gegen BAYER-Gefahren*
 Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf • Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
 e-mail: CBGnetwork@aol.com

Ja, ich habe Interesse:

Name : _____ Alter: _____

Adresse : _____

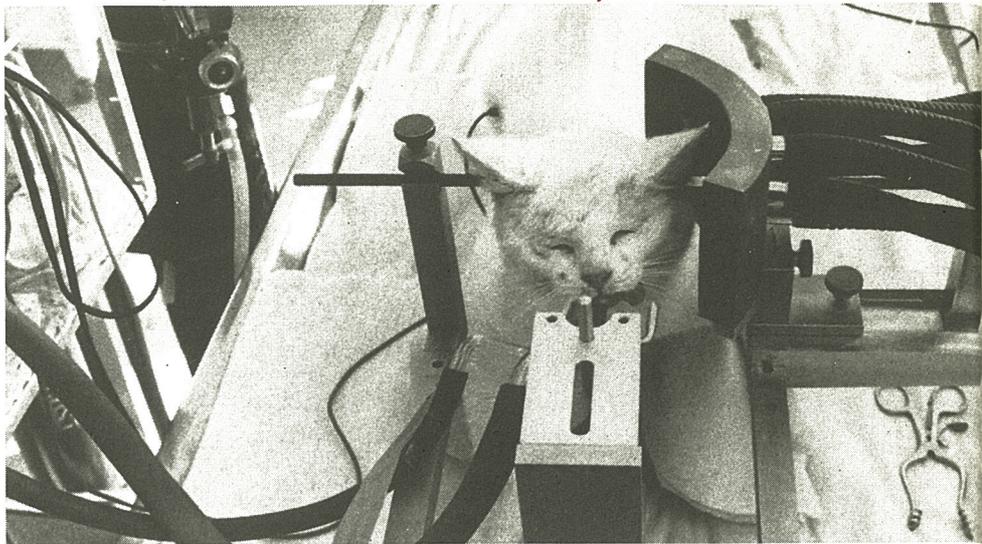
Telefon : _____ Fax: _____



Methoden. Zahlreiche so genannte Reagenzglas-Verfahren bieten die Möglichkeit, mit schmerzfreier Materie, Zell-Kulturen und Computer-Modellen zuverlässige Aussagen zu treffen. So besteht beispielsweise die Möglichkeit, am Computer anhand der Molekül-Struktur abzuschätzen, wie sich eine Substanz verhalten wird. In Zell-Kulturen können dann die Auswirkungen auf verschiedene Gewebe beobachtet und näher untersucht werden. Einen guten, allgemeinverständlichen Überblick dieser Reagenzglas-Verfahren gibt die „Datenbank Tierversuche“ im Internet****

Vielfach nimmt die wissenschaftliche Welt den Tierversuch als notwendiges Übel hin und sieht ihn als unverzichtbar an. Diese Einstellung wird an vielen Hochschulen bereits während des Medizinstudiums geprägt, wenn z. B. die StudentInnen während des Physiologie-Praktikums Experimente mit Fröschen durchführen, um die Nerven-Funktionen zu studieren. Dass diese Demonstration mit entsprechenden Mess-Geräten an StudentInnen viel eindrucksvoller und praxis-näher möglich ist, bleibt vollkommen unberücksichtigt. Das Festhalten am Tier-Experiment ist in diesem Bereich vielfach einfach nur stumpfe Routine.

Diese Haltung setzt sich dann in der Forschung weiter fort. Da bereits seit vielen Jahren Tier-Versuche durchgeführt werden, hält man an diesem System ebenfalls aus Gewohnheit und Bequemlichkeit fest. Doch mit etwas Abstand zu dieser Gepflogenheit und unter Berücksichtigung der oben genannten Beispiele sind mittlerweile viele MedizinerInnen und andere WissenschaftlerInnen zu dem Schluss gekommen, dass Tier-Experimente nicht aussagekräftig und u. U. sogar gefährlich für die PatientInnen sind. Deshalb wird an den so genannten Reagenz-



glas-Verfahren weiter geforscht, ständig entwickeln die beteiligten WissenschaftlerInnen neue Methoden. Nur dies kann der Weg in eine wissenschaftlich fundierte Pharma-Forschung sein. Medizinischer Fortschritt ist wichtig, Tierversuche sind der falsche Weg.

* Siefert HM, Domdey-Bette A, Henninger K, Hucke F, Kohlsdorfer C, Stass H (Bayer AG, Pharma Research Center, Wuppertal; 1999) Pharmacokinetics of the 8-methoxyquinolone, moxifloxacin: a comparison in humans and other mammalian species. *Journal of Antimicrobial Chemotherapy* 43 (Suppl B): 69-76

** von Keutz E, Schlüter G (Institut für Toxikologie, PH-Produktentwicklung, Bayer AG, Wuppertal; 1998) Preclinical safety evaluation of Cerivastatin, a novel HMG-CoA reductase inhibitor. *American Journal of Cardiology* 82: 11J-17J

*** von Samson-Himmelstjerna G,

Harder A, Schnieder Th, Kalbe J, Mencke N (BAYER AG, Geschäftsgruppe Tiergesundheit, Landwirtschaftliches Zentrum Monheim, Leverkusen; Institut für Parasitologie, Tierärztliche Hochschule Hannover; 2000) In vivo activities of the new anthelmintic depsipeptide PF 1022A. *Parasitology Research* 86: 194-199

**** (HYPERLINK „<http://www.datenbank-tierversuche.de>“). Zudem sind hier rund 2800 Tierversuche verständlich beschrieben, die an deutschen Universitäten und Forschungsinstituten durchgeführt werden.

Weitere Informationen zum Thema „Tierversuche“ bietet die Homepage der Vereinigung ÄRZTE GEGEN TIERVERSUCHE e.V. (HYPERLINK „<http://www.aerzte-gegen-tierversuche.de>“). Diese Vereinigung besteht aus rund 300 Human- und Veterinär-MedizinerInnen, NaturwissenschaftlerInnen und PsychologInnen, die Tierversuche aus medizinischen, methodischen und moralischen Gründen ablehnen.

Medizinischer Fortschritt ist wichtig -

Tierversuche sind der falsche Weg!

Informieren Sie sich im Internet oder direkt bei uns!

www.aerzte-gegen-tierversuche.de

Vereinigung "Ärzte gegen Tierversuche" e. V.

Nußzeil 50 • 60433 Frankfurt • Telefon 069.51 94 11 • Fax 069.51 95 07



Au weia, BAYER!

Viele, viele bunte Pillen

Wirklich neue Medikamente sind den PharmazeutInnen des Leverkusener Chemie-Multis schon lange nicht mehr eingefallen. Den alten BAYER-Medizinschrank gibt es zudem in derselben Wirkstoff-Ausführung auch von anderen Herstellern. Da bleibt nur noch eine Möglichkeit, sich zu unterscheiden: durch das Design. Nach dem Motto „Das Auge schluckt halt mit“ umhüllten die Markt-StrategInnen den VIAGRA-Konkurrenten VARDENAFIL deshalb mit einer pfirsichfarbenen Glasur. Die Jugend will der Konzern hingegen mit ASPIRIN als Brausepulver in Tüten erobern. Nur leider ist der „Tausendsassa“ mit seinen zahlreichen Nebenwirkungen alles andere als eine hippe Süßigkeit. Bleibt also nur zu hoffen, dass dem Verbraucherschutzministerium das Pillen-Produktdesign von BAYER irgendwann zu bunt wird.

Konzernkritik stärken STICHWORT BAYER weiterverbreiten:

- STICHWORT BAYER (SWB) ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. Je mehr Menschen STICHWORT BAYER lesen, desto größer die Wirkung. Wir bitten unsere AbonnentInnen: Helfen Sie mit, STICHWORT BAYER zu verbreiten. Bestellen
- Sie zusätzliche Exemplare zur Verbreitung im Freundeskreis und Ihrer Bekanntschaft.

Ich/wir habe/n bereits abonniert und bestelle/n zusätzlich Zusatzexemplare je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 € je Heft

Ich/wir habe/n noch nicht abonniert und möchte/n das für € jährlich tun (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen

STICHWORT BAYER

Coupon Bitte zurücksenden an:

Coordination
gegen BAYER-Gefahren
Postfach 150418,
40081 Düsseldorf
Fax 0211 - 333940
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Bank: _____

BLZ: _____ Kontonummer: _____

Datum/Unterschrift _____ Alter: _____

Coupon

Gesund leben und einkaufen von Abfallberatung bis Zimmereien

Infos, Produkte, Tipps und Dienstleistungen
rund um Umwelt und Gesundheit.

Frisch im Buch- und Zeitschriftenhandel
sowie in Ihrem Naturkostladen:

Schleswig-Holstein/Hamburg ISBN 3-932309-16-2

Niedersachsen/Bremen ISBN 3-932309-02-2

Nordrhein-Westfalen ISBN 3-932309-08-1

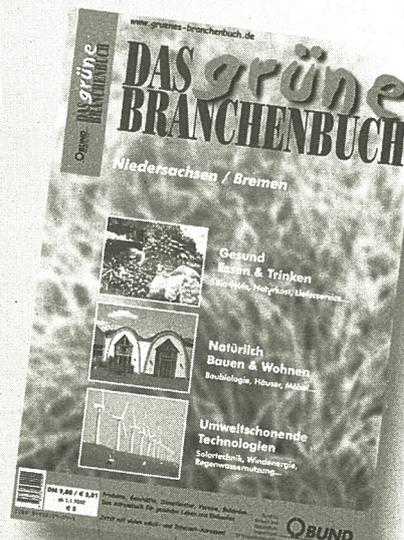
Saar-Lor-Lux ISBN 3-932309-10-3

Hessen ISBN 3-932309-07-3

Berlin ISBN 3-932309-04-9

Suchen und Finden im Internet:

www.dle-gruene-suchmaschine.de



Verlag DAS grüne BRANCHENBUCH · Tel. 04532-21402 · Fax 04532-22077
www.gruenes-branchenbuch.de · service@gruenes-branchenbuch.de

BAYER will Chemikalien nicht testen!

Extrem-Lobbying gegen neue Chemie-Politik

Tagtäglich gelangen wir mit gefährlichen Chemikalien in Berührung - seien es Weichmacher oder Organozinnverbindungen in PVC-Bodenbelägen, antibakterielle Stoffe im Geschirrspülmittel oder Flammschutzmittel in Teppichen. Die Zahl der Chemie-Geschädigten nimmt rasant zu, gleichzeitig sind Stoff-Verbote selten und äußerst mühselig. Das will die neue Chemikalien-Politik der EU ändern, aber BAYER & Co. wehren sich vehement gegen einen verstärkten VerbraucherInnen-Schutz.

Von Hiltrud Breyer, bündnisgrünes Mitglied im Ausschuss für „Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ des Europäischen Parlamentes

Die EU-Chemikalienpolitik gilt als eines der wichtigsten umweltpolitischen Projekte für die nächste Dekade. Seit Jahrzehnten gibt es einen Blankoscheck für die Chemie-Industrie: 99 % der Chemikalien auf dem Markt sind sogenannte „Altstoffe“ - sie sind bereits seit vor 1981 auf dem Markt. Doch über deren gefährliche Eigenschaften und tatsächliche Verwendung ist nur wenig bekannt. Und solange man über eine Chemikalie nichts oder nur wenig weiß, kann man nicht gegen ihre Verwendung vorgehen. Dieser Mangel an Aufklärung und Information über die Eigenschaften und Anwendungen der meisten Chemikalien hat in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass mit der Gesundheit der Menschen und der Umwelt Russisches Roulette gespielt wurde. Damit wird das Vorsorgeprinzip mit Füßen getreten.

Die Kommission hat diesen Missstand aufgegriffen und im Februar 2001 ein Weißbuch „Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik“ vorgelegt. Darin schlug die Kommission vor, ein einheitliches Registrierungs- und Zulassungssystem für Chemikalien zu schaffen und die Chemie-Industrie zu verpflichten, Daten über die von ihr verwendeten Chemikalien

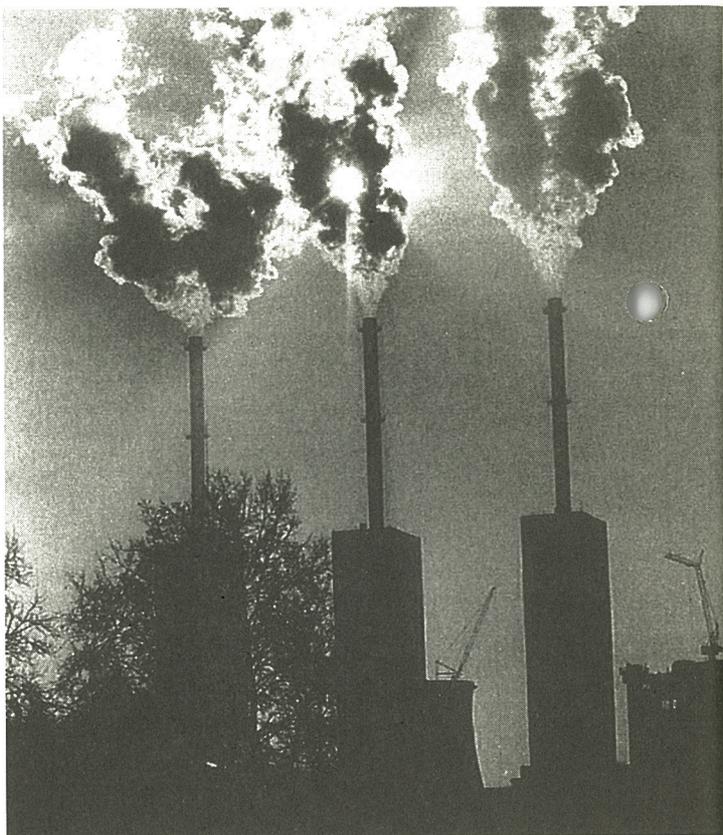
Dieser Mangel an Aufklärung und Information hat in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass mit der Gesundheit der Menschen und der Umwelt Russisches Roulette gespielt wurde

zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollte bei besonders gefährlichen Stoffen die Industrie den Beweis für deren unbedenkliche Verwendung selbst erbringen. (Bis-

lang lag die Beweislast bei den Behörden, und es musste der Industrie die Schädlichkeit von Stoffen nachgewiesen werden.)

Der Umweltausschuss der Europäischen Parlaments hat unter Berichterstattung der Grünen den Vorschlag begrüßt und an einigen Stellen weitergehende Forderungen an die Chemie-Industrie gestellt sowie Ergänzungen im Sinne des VerbraucherInnenschutzes verlangt.

BAYER & Co. reagierten auf diese Vorschläge mit vehementer Ablehnung und starteten eine aggressive Lobby-Arbeit, um die Vorschläge von Kommission und Parlament in ihrem Sinne abzuschwächen. Die deutsche Chemie-Industrie versuchte sogar mit ganzseitigen Anzeigen in großen deutschen Zeitungen gegen den



Gift-Stoffe: Aus deutschen Landen frisch in den Himmel

Vorschlag Sturm zu laufen - und demonstrierte damit zuallererst ihre offensichtliche Hilflosigkeit bei der Suche nach Argumenten auf politischer Ebene. Ihre Kampagne über angebliche Job-Verluste aufgrund der Forderungen des Parlaments nach Grund-Informationen über Chemikalien sind nicht stichhaltig und angesichts ihrer eigenen Personal-Politik eine Farce (bei 25-prozentiger realer Produktionssteigerung in der chemischen Industrie zwischen 1990 und 1998 hat es einen Stellenabbau von 14 Prozent gegeben).

Nach vielen Debatten und Verhandlungen - und entgegen den Wünschen der Chemie-Industrie - hat die Mehrheit des Europäischen Parlaments mit seiner Entscheidung zum Weißbuch eindeutig dazu

BAYER & Co. reagierten auf diese Vorschläge mit vehementer Ablehnung und starteten eine aggressive Lobbyarbeit.

aufgerufen, der untragbaren Situation in der Chemikalien-Politik ein Ende zu bereiten. Künftig wird es ein dreistufiges Managementsystem für Chemikalien geben, wonach alle Stoffe oberhalb einer Jahres-Produktion von 1 Tonne/je Herstel-

ler registriert werden müssen. Ab einem Produktionsvolumen von über 100 t (ca. 5.000 Stoffe), sowie bei persistenten, bioakkumulativen und bestimmten toxischen Stoffen ist eine weiter gehende Bewertung vorgesehen. Besonders gefährliche Substanzen sollen einem Zulassungsverfahren unterworfen werden, während für andere Problem-Stoffe Risikominderungsmaßnahmen zu treffen sind. Mussten bislang die Behörden der Industrie ein untragbares Risiko nachweisen, wird in Zukunft die Beweislast für höchst gefährliche Substanzen umgekehrt. Er ist nun Sache der Industrie, nachweisen, dass diese Chemie-Stoffe unbedingt notwendig und unersetzbar sind.

Leider folgte die Mehrheit im Parlament nicht dem Aufruf der Grünen nach einer deutlichen Ausweitung des Bereichs von Substanzen, die als gefährlich einzustufen sind, wie z.B. persistente und bioakkumulative Stoffe, Umwelthormone, oder stark sensibilisierende Stoffe. Jedoch konnten sich die Grünen mit ihrer Forderung durchsetzen, dass in Zukunft strengere Bedingungen gelten, unter welchen diese Substanzen noch verwendet werden dürfen, und dass solche Stoffe spätestens ab 2012 nicht mehr in Verbrau-

cher-Produkten verwendet, sowie ab 2020 nicht mehr in die Umwelt freigesetzt werden dürfen.

Die Kommission muss nun auf der Basis des Weißbuchs einen Richtlinien-Vorschlag erarbeiten. Hier werden die Diskussionen erneut hoch kochen, schließlich wird das Beschlossene dann geltendes Recht in allen Mitgliedstaaten.

Die Chemikalien-Politik betrifft uns alle. Tagtäglich gelangen wir mit gefährlichen Chemikalien in Berührung - seien es Weichmacher oder Organozinnverbindungen in PVC-Bodenbelägen, antibakterielle Stoffe im Geschirrspülmittel oder Flammenschutzmittel in Teppichen. Die Zahl der Chemie-Geschädigten nimmt rasant zu, gleichzeitig sind Stoff-Verbote selten und äußerst mühselig. Daher werden wir Europäischen Grünen weiterhin dafür kämpfen, dass die neue Chemie-Politik in der Europäischen Union mit dem Ernst behandelt wird, der ihr gebührt. Jetzt gilt es, Jahrzehnten der Vogel-Strauss-Politik ein Ende zu machen und eine effektive, zukunftsfähige Chemie-Politik umzusetzen, welche die Gesundheitsinteressen und das Vorsorge-Prinzip in den Vordergrund stellen.

BUCH TIP!

SCHWARZBUCH MARKENFIRMEN



UNDERCOVER RECHERCHIERT

SOEBEN ERSCHIENEN

Dieser Bestseller verkaufte sich innerhalb weniger Tage viele tausendmal. Er entlarvt die schöne Hochglanzwerbung der großen und bekannten Markenartikelfirmen als billige Propaganda. Stattdessen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung im großen Stil, Ausbeutung, Kinderarbeit, Menschenversuche. Viele der Reports wurden Undercover recherchiert.

Das Schwarzbuch Markenfirmen zeigt aber auch, welche Macht die Konsumenten haben, um die Konzerne zu einer Änderung ihrer Geschäftspraktiken zu zwingen.

Deshalb enthält das Buch detaillierte Porträts der 50 „bösesten“ Markenunternehmen sowie ein umfangreiches Produkt- und Firmenregister.

IN KOOPERATION
MIT DER
COORDINATION
GEGEN
BAYER-GEFahren



Mensch&Umwelt-Versand_Postfach 15 02 34_40079 Düsseldorf_Fon 0211 - 26 11 210_Fax 0211 26 11 220_eMail CBGnetwork@aol.com

► Ausschneiden und zurück an:

Mensch&Umwelt-Versand
Postfach 15 02 34_40079 Düsseldorf
Fon 0211 - 26 11 210_Fax 0211 26 11 220
eMail CBGnetwork@aol.com

Ich/wir bestelle/n

- EXPL. „SCHWARZBUCH MARKENFIRMEN“
ZUM STÜCKPREIS VON 20,00 €
ZUZÜGLICH 2,50 € VERSANDKOSTEN.

Vorname, Name

Straße

PLZ/Ort

Fon/Fax

Alter

Bitte ziehen Sie den Rechnungsbetrag ein von:

Bank

Kto-Nr./BLZ

Datum

Unterschrift

MENSCH & UMWELT
SPEZIALVERSAND

BAYER, Banken und der Bankrott

Globalisierungsoffer Argentinien

*Argentinien galt lange als Muster-
schüler des Internationalen Währungs-
fonds. Seit der bis 1983 währenden
Militär-Diktatur hoch verschuldet, erle-
digte das Land stets gewissenhaft die
vom IWF gestellten Hausaufgaben. Um
Kredite zu erhalten, senkte es die Infla-
tionsrate, koppelte den Peso an den
Dollar und schuf mit minimalen Steuer-
Sätzen, niedrigen Ein- und Ausfuhrzöl-
len, Lohnstopps und einem flexibilisier-
ten Arbeitsmarkt günstige Investitions-
bedingungen. BAYER konnte aus dem
Vollen schöpfen. Die Bilanz: eine
Arbeitslosen-Quote von 20 Prozent,
Auslandsschulden von 155 Mrd. Dollar
und einen Armen-Anteil von 37 Prozent.
Im Dezember 2001 lehnte sich die
Bevölkerung schließlich gegen diese
Politik auf und erzwang zwei Regie-
rungswechsel.*

Von Jan Pehrke



Proteste vor einem Regierungsgebäude in Buenos Aires

14 von 37 Millionen ArgentinierInnen leben unterhalb der Armutsgrenze. Am Morgen des 19. Dezembers 2001 versorgten sich einige von ihnen auf die einzige Art mit Lebensmitteln, die ihnen die Politik der „Strukturanpassung“ noch übrig

ließ: Sie plünderten Supermärkte. Präsident De la Rúa bezeichnete die Mittellosen als „Feinde der Republik“ und verhängte den Ausnahmezustand. Daraufhin zogen zehntausende ArgentinierInnen auf die Straße. Sie hieben auf Koch-Töpfe ein

und machten mit diesem caceras genannten Protest-Ritual ihrem Unmut lautstark Luft. Die Regierung setzte das Ritual der Gewalt dagegen; über 30 Menschen fielen den Ordnungskräften zum Opfer. Aber am Ende musste sich De la Rúa den Protesten beugen und zurücktreten. Seinem Nachfolger Adolfo Rodriguez Saá ging es nicht besser. Und auch unter dem jetzigen Präsidenten Eduardo Duhalde kommt es wegen der zunehmenden Verarmung der Bevölkerung täglich zu Demonstrationen.

Unmittelbarer Anlass für die steigende Unzufriedenheit in dem Andenstaat war das Vorhaben der Regierung, die privaten Spar-Guthaben einzufrieren. Die Kapital-Flucht sollte Großanlegern und BAYER & Co. vorbehalten bleiben. In dem Land, in dem das Einkommen der Lohnabhängigen mit jedem Prozent Wachstum um 0,5 Prozent gesunken ist, brachte diese nochmalige Zumutung das Fass zum Überlaufen. Die Bevölkerung wollte nicht länger die Zinsen für die immens kostspielige Schaffung eines „günstigen Investitionsklimas“ zahlen. Eine Arbeitslosigkeit von 20 Prozent, Verbindlichkeiten von 155 Mrd. Dollar und 14 Mio. Arme reichten ihr.

Der Leverkusener Chemie-Multi hat von diesem ruinösen „günstigen Investitionsklima“ enorm profitiert. Seine neben der Niederlassung im brasilianischen Belford Roxo größte Produktionsstätte in Lateinamerika steht in Zarate bei Buenos Aires. Hauptsächlich von dort aus beliefert der Konzern das Land und darüber hinaus die Region mit der ganzen BAYER-Produktpalette: Pestizide, Arzneien, Veterinär-Produkte, Chemikalien und Kunststoffe. Und mit noch ein bisschen mehr. Ökologisch so Unappetitliches wie Ledergerbstoffe lassen sich in der Pampa halt weit unbehelligter herstellen. Mit diesem Sortiment machte der in Argentinien 1.640 MitarbeiterInnen beschäftigende Konzern 1997 einen Netto-Umsatz von 335 Mio. Euro. Besonders der Arzneibereich sorgt in dem Staat mit dem zehngroßten Pharma-Markt der Welt für hohe Profite. Dank ASPIRIN nimmt der Leverkusener Chemie-Multi dort auf dem Gebiet der rezeptfreien Medikamente eine unangefochtene Spitzen-Stellung ein.

Deshalb ist der Konzern auch voll des Lobes über die so genannte Strukturanpassungspolitik. In der Hochglanz-Postille *BayerReport* heißt es: „Anfang der 90er Jahre kam mit dem wirtschaftlichen

Reform-Kurs der Regierung unter Staatspräsident Carlos Saúl Menem die Wende: Die öffentlichen Finanzen wurden saniert, das große Haushaltsdefizit der Vergangenheit entscheidend verringert, die Rückzahlung der hohen Auslandsschulden

„Tatsächlich hat der IWF über die Jahre weitgehend als eine Abteilung des US-amerikanischen außenpolitischen Apparates funktioniert, der versucht, ein Klima im Interesse der Wirtschaft zu schaffen - d.h. der in den Vereinigten Staaten ansässigen transnationalen Firmen“

geregelt. So entstand eine freie, stabile und wachstumsorientierte Marktwirtschaft. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten Import-Zölle die inländische Industrie vor dem internationalen Wettbewerb geschützt. Im Zuge des Reform-Kurses wurden sie verringert und teilweise völlig abgeschafft. Ebenso die Export-Zölle, die der Industrie bislang eine Ausfuhr ihrer Produkte erschwerten oder unmöglich machten.“ Weiteres Lob gibt es für die Senkung der Inflationsrate; auch die 1:1-



Handsignierte Plakate von Prof. Klaus Staeck

„Satire, die sich mit den Starken anlegt“ (NRZ)

NEU

Topaktuell wegen LIPOBAY-Skandal



Staeck-Grafik „Pharma-Industrie“



Staeck-Grafik „Konzerne“

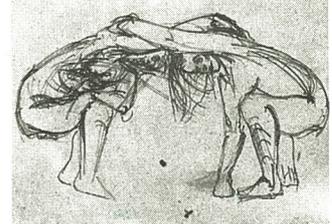
Er ist der bekannteste Grafikkünstler der Republik: Prof. Klaus Staeck. Seine provokativen Arbeiten wurden auf unzähligen Ausstellungen gezeigt und genießen Weltruhm. Einmal hat er Chemie-Manager auf Plakaten als „Klimakiller“ geoutet und sich prompt eine Klage eingehandelt. Doch Staeck, im Erstberuf Jurist, blieb eisern und obsiegte vor dem Bundesgerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht.

Für die Edition „Kunst gegen Konzerne“ hat Prof. Staeck je 10 handsignierte Plakate (A2, ca. 59 x 84 cm) „Pharmaindustrie“ und „Konzerne“ gestiftet, die wir für 52 € je Blatt abgeben.

EDITION **KUNST GEGEN KONZERNE**
FÜR EINE SOLIDARISCHE UND GERECHTE WELT
Prof. Klaus Staeck • Peter Royen • Robert Butzelar • Claudia Rogge

Robert Butzelar

Robert Butzelar (Jahrgang 1962) ist der Shootingstar der jungen Kunstszene. Seine Arbeiten sind expressiv, wild und an klassischen Motiven orientiert. Butzelar, der in Florenz und Düsseldorf Malerei studiert hat, begeisterte mit seinem Werk in vielen internationalen Ausstellungen. 1992 wurde er in Jena mit dem begehrten Botho-Graef-Kunstpreis ausgezeichnet.



Für „Kunst gegen Konzerne“ stiftete Robert Butzelar sein Werk „Spartakus I“ (ca. 50 x 70 cm). Die Offset-Lithografie ist streng limitiert, datiert, nummeriert und einzeln signiert. Der Galeriewert beträgt ca. 300 €, bei uns erhalten Sie die Original-Butzelar-Grafik für nur 88 €.

Coupon zurück an: Edition Kunst gegen Konzerne, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf

Ich/wir bestelle/n

- _____ Expl. Staeck-Grafik „Konzerne“ zum Stückpreis von 52 €
- _____ Expl. Staeck-Grafik „Pharma-Industrie“ zum Stückpreis von 52 €
- _____ Expl. Butzelar-Offset-Lithografie zum Stückpreis von 88 €
- _____ Expl. Butzelar-Uhr 1999 (o. Abb.) zum Stückpreis von 58 €
- _____ Expl. Sammleruhr 2001 (o. Abb.), von Peter Royen zum Stückpreis von 98 €

Alle Artikel zuzüglich 5 € Versandkosten.

Die zugrundeliegenden Kunstwerke sind gestiftet, die Preise der Werke enthalten hohe Spenden-Anteile für konzernkritische Arbeit.

Da alle Artikel limitiert sind, gibt es keine Liefergarantie, falls Artikel vergriffen sind.

Name/Vorname _____ Alter _____
 Adresse _____
 Bitte ziehen Sie den Rechnungsbetrag ein von: Bank _____ BLZ _____
 Kto.-Nr. _____ Unterschrift _____



Über 30 Menschen starben während der Proteste

Bindung des Peso an den Dollar findet den Segen des Chemie-Multis.

So sehr sich diese Maßnahmen betriebswirtschaftlich rechneten, so sehr führten sie volkswirtschaftlich ins Desaster. Die multinationalen Konzerne nutzten die Dollar-Parität des Peso dazu, Argentinien gigantische Geld-Mengen in harter Währung zu entziehen. Für die einheimische Wirtschaft verteuerte die Koppelung hingegen die Exporte. Durch die Senkung der Import-Zölle darüber hinaus vermehrter Konkurrenz von seiten der nicht-argentinischen Konzerne ausgesetzt, gingen zahlreiche Unternehmen bankrott. Diese Deindustrialisierungswelle verstärkte wiederum die Abhängigkeit von Einfuhren und ließ das Außenhandelsdefizit steigen. So erhöhte sich der Schuldenberg kontinuierlich.

Entwicklungspolitisch wäre es ratsam gewesen, genau umgekehrt vorzugehen und die dem Weltmarkt nicht gewachsene Wirtschaft durch hohe Zölle so lange zu schützen, bis sie der Konkurrenz hätte standhalten können, wie es Schwellenländer wie Taiwan und Südkorea und in der Vergangenheit auch die europäischen Länder und die USA mit ihren Industrien gemacht haben und teilweise heute noch machen (Stahl, Landwirtschaft). Aber der Internationale Währungsfonds (IWF) ist halt alles andere als eine unabhängige Entwicklungshilfe-Institution. Der US-Wirtschaftsprofessor Arthur MacEwan schreibt in *ifa* (Nr. 252): „Tatsächlich hat der IWF über die Jahre weitgehend als eine Abteilung des US-amerikanischen außenpolitischen Apparates funktioniert, der versucht, ein Klima im Interesse der Wirtschaft zu schaffen - d.h. der in den Vereinigten Staaten ansässigen transnationalen Firmen. Dasselbe Klima dient auch jenen Multis, die in Europa, Japan

und anderswo beheimatet sind, so dass die USA im Allgemeinen von den mit ihnen verbündeten Regierungen bei der Leitung des IWF unterstützt werden.“

Während BAYER & Co. darum vom IWF-Rat, die Steuern umfassend zu senken, profitierten, kam er dem Land teuer zu stehen. Allein die Reduzierung des Arbeitgeber-Anteils an den Sozialversicherungsbeiträgen sorgte für Einnahmeverluste in Höhe von acht Milliarden

Während BAYER & Co. vom IWF-Rat, die Steuern umfassend zu senken, profitierten, kam er dem Land teuer zu stehen

Dollar. Und die verordneten Privatisierungen vernichteten nicht nur zehntausende von Arbeitsplätzen, sie beförderten zudem die Korruption. „Die institutionelle Korruption in Argentinien ist jedoch nicht zu verstehen, wenn man ihre Grundlage außer Acht lässt: die Vorherrschaft überwiegend ausländischer Großkonzerne. Deren horrenden Gewinne verdanken sich einer fortgesetzten Ausplünderungspolitik, die nur in der Komplizenschaft mit dem Staat möglich ist“, schreibt der in Buenos Aires lehrende Professor Jorge Beinstein.

„Schöpferische Zerstörung“ nennen Ökonomen das, was BAYER & Co. in Argentinien betrieben haben. Jetzt, da ihr lukratives Zerstörungswerk vollendet ist, stellen sie sich als Opfer dar, die dank ihrem bedächtigen Vorgehen noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen sind. „Das Land zählt eindeutig nicht zu unseren Top Ten“, gibt die BAYER-Zentrale Entwarnung und befördert das Land, in dem die Peso-Dollar nicht mehr fließen, durch ihr Krisen-Management gleich noch ein paar Plätze tiefer. „Um Währungsver-

lusten bei der Peso-Abwertung vorzubeugen, hat BAYER seine Lager-Kapazitäten drastisch zurückgefahren“, heißt das im Unternehmer-Deutsch der *Welt*.

In dem Andenstaat verbrannte Erdöl hinterlassend, schauten sich BAYER & Co. in der Nachbarschaft nach einem neuen Opfer um und sind auch schon fündig geworden. Mexiko gilt jetzt die vermehrte Aufmerksamkeit. Pünktlich zum Südamerika-Trip des Kanzlers gab BAYER bekannt, die ASPIRIN-Produktion in dem Land verdreifachen zu wollen. Selbstverständlich gehörten die BAYER-Bosse dann auch zum Reise-Tross des Genossen. Schröder lobte bei den offiziellen Terminen genau das, was den BAYER-Managern einst in Argentinien so gut gefallen hatte: die stabile

„Die institutionelle Korruption in Argentinien ist jedoch nicht zu verstehen, wenn man ihre Grundlage außer Acht lässt: die Vorherrschaft überwiegend ausländischer Großkonzerne“

Währung, die niedrige Inflationsrate, die Privatisierungspolitik und die vielen Investitionsanreize. Er wartete sogar mit einer Rechnung auf, wonach die Senkung der Import-Zölle die bundesdeutschen Exporte in das Land um 23 Prozent habe steigen lassen. Das Spiel kann also von vorne losgehen. Ein kleines Hindernis stellt es in den Augen des Mexico-Chefs von BAYER, Georg Braunleder lediglich dar, dass es dem Präsidenten Vicente Fox bisher nicht gelungen ist, die Kosten für die gesammelten Unternehmensbeglückungen per Mehrwertsteuer-Erhöhung der gesamten Bevölkerung in Rechnung zu stellen. Aber das wird schon noch.